DEMO-ONLINE.DE

70. JG | A02125 EINZELPREIS **6,00 €**

DEMO

03/04 **2018**

VORWÄRTS-KOMMUNAL ■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

Niedersachsen
Landes-SGK
Extra
Heftmitte

KINDER- UND JUGENDPARTIZIPATION

Wir bringen uns ein!

Wie junge Menschen sich für Politik begeistern und mitentscheiden können

BLICKPUNKT
Diesel-Fahrverbote

FOTO: KREISJUGENDPARLAMENT FRIESLAND/PRESSEBILD

Jetzt Gesellschafter werden und von der Inhouse-Beratung profitieren:

+49 30 257679 -0

www.pd-g.de

BESSERE VERWALTUNGSARBEIT UND MEHR INFRASTRUKTURPROJEKTE:

Sind Sie bereit für neue Ziele?

Treffen Sie ins Schwarze: Als **deutschlandweiter Inhouse-Berater** unterstützen wir Sie bei der Verwaltungsmodernisierung, in Ihren Infrastrukturprojekten, in Projekten der öffentlichen IT sowie im Gesundheitssektor. Hierfür bieten wir auf **kommunaler, Landes- und Bundesebene** und den nachgelagerten Behörden strategische und wirtschaftliche Beratung an.

Schneller und sicher zum Projekterfolg.

Partnerschaft Deutschland

PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH

INHALT 3

Liebe Leserin, lieber Leser,

immer wieder höre ich, dass junge Leute sich nicht für Politik interessieren und – wenn überhaupt – nur für persönliche Belange engagieren. Ich teile diesen Standpunkt nicht. Aber er ist weit verbreitet, ohne dass hinterfragt wird, woran es liegen könnte, wenn junge Menschen hier zurückhaltend sind. In dieser DEMO zeigen wir, wie deren Interesse für Politik und politisches Engagement schon früh geweckt und entwickelt werden kann.

Bei den Recherchen haben wir festgestellt, es gibt wunderbare Beispiele. Die erste Demokratie-Kita in Schleswig-Holstein etwa, in der schon Dreijährige spielend lernen, sich für ihre Interessen einzusetzen, aber auch zu akzeptieren, wenn die Mehrheit etwas anderes will. Wer so aufwächst, kann kaum demokratiemüde werden. Denn auch Kinder aus weniger politisch interessierten Elternhäusern lernen ganz selbstverständlich, wie wichtig Mitbestimmung und Abstimmung sind – und dass es selbstverständlich sein muss, den Mehrheitswillen zu respektieren. So funktioniert Demokratie!

Aber auch Ältere, die wie etwa im Landkreis Friesland in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden, profitieren davon, wenn sie ihre Belange politisch durchsetzen können oder akzeptieren müssen, dass manches nicht klappen kann. Wir sollten also nicht darauf warten, dass Kinder und Jugendliche erst als Erwachsene ihre Rechte wahrnehmen oder sich nur durch irgendwelche glücklichen Zufälle doch früher politisch engagieren. Nein, wir sollten die künftigen Wählerinnen und Wähler frühzeitig mitnehmen, ihre Sichtweisen ernst nehmen und ihnen zeigen, was in einer Demokratie alles machbar ist. Das ist demokratiestärkend. Davon profitieren wir letztlich alle.

Aus aktuellem Anlass hat dieses Heft aber noch einen anderen Schwerpunkt: Wir berichten über die Folgen und die Reaktionen auf das Diesel-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, wonach Fahrverbote in Städten rechtlich möglich sind.

Herzlich,

Karin Nink, Chefredakteurin

Fotos: Dirk Bleicker, melosine1302/Adobe.com; Robert Kiesel; Thomas Köhler, photothek.net; Deutscher Städtetag/Presse

Titel
Kinder- und Jugendpartizipation

4 **„Handlungswirksamkeit, Respekt und Wertschätzung“ |** Interview mit Landrat Sven Ambrosy
6 **Sie werden ernst genommen |** Modellprojekt: Der Kreisjugendrat des Landkreises Friesland
8 **Die ersten Gehversuche in der Kommunalpolitik |** Schüler aus Waldheim in Sachsen nehmen am Planspiel der Friedrich-Ebert-Stiftung teil
10 **Demokratie in der Kita |** Das Dolli-Einstein-Haus der AWO in Pinneberg beteiligt schon die Kleinsten
12 **Ortsdetektive unterwegs |** #Stadtsache-Projekt: Kinder lernen früh demokratische Teilhabe kennen
13 **Pionier des Jugendarbeit |** Das kommunale Fritz-Henßler-Haus in Dortmund
14 **Frische Ideen und Perspektiven |** Otterndorf: Warum ein Jugendrat die Zukunft der Politik ist
15 **Beteiligung als Grundrecht |** Ein Verein verleiht das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“

4

8

Blickpunkt
Diesel-Fahrverbote

20 **Eine große Aufgabe |** Das Diesel-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts setzt den Bund unter Zugzwang
22 **Kommunalpolitiker können nur auf Sicht fahren |** Stuttgart, Düsseldorf, Nürnberg: Überall sollen Fahrverbote vermieden werden – blaue Plakette gefordert
25 **„Fahrverbote bedeuten einen enormen Aufwand“ |** Interview mit Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags

20

25

Report
Verwaltungsmodernisierung

27 **Aufbruchstimmung bei der Digitalisierung |** Die neue Bundesregierung hat sich zum Thema Digitalisierung einiges vorgenommen
28 **Wem gehören die Daten? |** Warum ein kommunalwirtschaftlicher Ansatz in der Digitalisierung überfällig ist

17 **SPD-Bundestagsfraktion |** Junge Menschen fördern und ihre Rechte stärken
18 **Serie 100 Jahre Frauenwahlrecht |** „Trümmerfrauen“ am kommunalen Ruder
19 **News |** Drei Fagen an Frank Baranowski
29 **Bücher | Wahlen | Termine**
30 **Das Letzte | Vorschau | Impressum**

„Handlungswirksamkeit, Respekt und Wertschätzung“

Der Landkreis Friesland ist Vorreiter in Sachen Kinder- und Jugendbeteiligung. Landrat Sven Ambrosy erläutert, auf welchen Wegen die Ideen junger Menschen umgesetzt werden und warum Partizipation so wichtig ist

Interview Karin Billanitsch

Kinder- und Jugend-Partizipation

Herr Ambrosy, was war Ihr erstes politisch prägendes Erlebnis?
Meine damalige Heimatstadt war Wunstorf, eine Stadt mit 40.000 Einwohnern. Wir wollten ein Jugendfreizeitzentrum. Als wir angefangen haben, war ich 16 Jahre alt. Umgesetzt wurde das Zentrum Jahre später, als ich schon in der Ratsfraktion und der Partei mitgearbeitet habe. Dieser Prozess hat mich insofern beeindruckt, als dass er viel zu lange gedauert hat. Das muss nicht sein, dass die Betroffenen darüber älter werden und das Ergebnis selbst nicht mehr nutzen können.

Oft wird, auch von Politikern, mangelndes politisches Interesse der Jungen beklagt. Wie weckt man politisches Interesse?
Also erst einmal würde ich sagen, dass die These nicht stimmt. Ich mache seit 1986 Kommunalpolitik mit ganz vielen Jugendlichen. Ich bin also selbst ein Gegenbeispiel. Der Grund für Ihre Annahme ist vielleicht, dass Jugendliche sich oftmals nicht langfristig binden wollen, weil sie in der Orientierung sind, insbesondere wenn es um Schule oder Ausbildung geht oder die Frage, wo sie studieren. Parteien sind da nicht so attraktiv – ganz besonders, wenn es dann noch Vorurteile gibt. Ich kenne das auch von meiner Familie und Freunden, die ganz überrascht sind, dass Parteiveranstaltungen ganz anders waren, als sie selbst dachten – nämlich spannend und interessant.

Anders gesagt, Politik aktiv zu erleben, nicht nur zusehen ist vielleicht eine Möglichkeit, Leute mitzunehmen. Welche üblichen Beteiligungsformen für junge Menschen gibt es?
Im Landkreis Friesland vielfältige. Wir haben am bundesweiten Demografiekongress als Referenzlandkreis teilgenommen neben drei weiteren, Vorpommern-Rügen, Lichtenfels und dem Kyffhäuserkreis. Wir haben uns überlegt, nicht aus Sicht der Älteren vorzugehen, sondern zu fragen, wie es den Jüngeren in einer älter werdenden Gesellschaft ergeht. Das haben wir zugrunde gelegt und in Workshops, etwa in Schulen, rund 600 Jugendliche und Kinder von 15.000 im Landkreis dazu gebracht, sich Gedanken zu machen, wie ihr Landkreis, ihre Stadt, ihre Gemeinde aussehen müssten, damit sie sich wohlfühlen. Ihre Antworten flossen auch in eine Jugend-Demografiestrategie des Landkreises Friesland ein.

Was kam bei diesem Prozess heraus?
Es gab cirka 1.200 Einzelergebnisse, die wir ausgewertet haben. Das Geheimnis des Erfolgs, warum so viele mitgemacht haben, war ein Grundsatzbeschluss des Kreistages, der besagt: „Wir wollen diesen Prozess und wir versprechen euch, die Ergebnisse bei unserer Schulentwicklungsplanung und unserer regionalen Raumordnungs- und Jungendhilfeplanung zu berücksichtigen.“ Die Jugendlichen hatten das Gefühl „Wir werden ernst genommen und das, was wir machen ist nicht für die Tonne“.

Sven Ambrosy engagierte sich schon in jungen Jahren in der Kommunalpolitik und war bei Amtsantritt Deutschlands jüngster Landrat.

FOTO: LANDKREIS FRIESLAND

Was wurde in der Folge umgesetzt?
Eine Folge ist, dass wir jetzt ein Jugendparlament mit einem eigenen Budget von 50.000 Euro haben. Und die Mitglieder des Jugendparlaments haben beratende Stimmen in den Kreistags-Ausschüssen. Das heißt, wir haben Jugendparlamentspolitik und Kreistag vernetzt.

Ein eigenes Budget als wichtige Voraussetzung für echte Mitwirkung haben Sie schon genannt. Was ist noch zentral?
Das ist erstens Respekt: „Wir Älteren nehmen euch Jüngere ernst und erwarten natürlich auch, dass umgekehrt ihr uns ernst nehmt.“ Zweitens Wertschätzung: „Ich bin vielleicht nicht deiner Meinung, aber ich finde es gut, dass du dich engagierst.“ Das gilt auch wieder in beide Richtungen. Und das Dritte ist Handlungswirksamkeit: Niemand will sich engagieren, auf etwas anderes verzichten, wenn er damit nichts bewirken kann. Diese drei Dinge muss man ernsthaft und authentisch vermitteln und Wege finden, dass das gelebt wird. Das scheint bei uns der Fall zu sein, jedenfalls wird uns das immer wieder gespiegelt.

Können Sie Beispiele für diese Zeichen der Wertschätzung nennen?
Wenn wir zum Beispiel Vertreter des Jugendparlaments einladen, dann kommen die Fraktionsvorsitzenden und diskutieren mit ihnen. Das ist ja schon eine

ZUR PERSON

Sven Ambrosy, 1970 in Neustadt am Rübenberge geboren, hat von 1991 bis 1992 Archäologie und Ägyptologie in Göttingen studiert und ist dann zum Studium der Rechtswissenschaften an die Universität Hannover gewechselt. Sein Studium hat er 1996 mit dem 1. Staatsexamen und 1999 mit dem 2. Staatsexamen abgeschlossen. Von 1996 bis 2000 war Ambrosy Mitglied im Rat der Stadt Wunstorf.

Von 1999 bis 2000 hat Sven Ambrosy als wissenschaftlicher Referent beim Niedersächsischen Städtetag in Hannover gearbeitet und wurde im Anschluss Abteilungsleiter des Landkreises Friesland. Von Juli 2001 an war er zudem stellvertretender Oberkreisdirektor.

Seit August 2003 ist Ambrosy hauptamtlicher Landrat des Landkreises Friesland. Am 11. September 2011 wurde er von den Friesländerinnen und Friesländern mit 75,06 Prozent der Stimmen wiedergewählt.

sehr hohe Ebene. Oder dass der Landrat sich persönlich engagiert. Diese Signale kommen bei den Jugendlichen an.

Inwieweit ist das Kreisjugendparlament in kommunalpolitische Strukturen eingebunden?

Zum Beispiel sind Vereine und große Verbände eingebunden, mit denen es eine gute Rückkopplung gibt. Darüber hinaus existiert im Jugendamt eine Jugendpflegerin, die sich sehr für das Kreisjugendparlament einsetzt. Diese zentrale Ansprechperson, die alles koordiniert und eine Scharnierfunktion hat, ist ein weiterer wichtiger Erfolgsbaustein. Ich glaube, Parallelstrukturen sind nie erfolgreich, weil die Handlungswirksamkeit darunter leidet. Wir haben bewusst unser kommunalverfassungsrechtliches System genommen und diese Strukturen aufgesetzt.

Und zusätzlich gibt es die Internet-Plattform „Liquid Friesland", wo Bürgerinnen und Bürger – natürlich auch Kinder und Jugendliche – online Vorschläge machen können. Diese werden im Netz diskutiert. Der Kreistag behandelt diese Liquid-Friesland-Prozesse als offizielle Anfragen nach Kommunalverfassungsrecht. Das heißt, die Ausschüsse müssen sich mit diesen Dingen auseinandersetzen.

Gibt es Ideen von jungen Menschen, die Sie im Landkreis Friesland konkret umgesetzt haben?

Ja, einige. Dabei gab es zunächst Vorurteile von beiden Seiten. Ältere Politiker mögen oft denken, Jugendliche hätten spinnerte Ideen, die kostspielig sind. Die Jugendlichen glaubten, Kreispolitikern sei nicht wichtig, was für sie bedeutsam ist. Und was ist passiert? Die Jungen haben einen besseren ÖPNV angeregt. Und parallel dazu hat der Kreistag beschlossen, den Nahverkehrsplan zu modernisieren. Die jungen Leute sagten: „Wenn ich schon hier in der Pampa wohne, brauche ich Breitband." Was hat der Kreistag beschlossen? Breitbandausbau. Die älteren Kreistagsabgeordneten haben mitbekommen, dass die Jungen wie sie denken und dieselben Themen wichtig finden. Und die Jugendlichen haben festgestellt, dass sie teilweise offene Türen einrennen und die Kreistagspolitik auf der Höhe der Zeit ist.

Ein Aha-Effekt auf beiden Seiten sozusagen …

… Richtig. Bis hin zu einem Workshop über die Verwaltungsstruktur in ländlichen Räumen in 20, 30 Jahren. Ich hätte nie gedacht, dass so ein Thema die Jugendlichen interessiert.

Welche Bilanz ziehen Sie bis jetzt? Sind die Jugendparlamente der richtige Weg, um Jugendlichen mehr Mitsprache zu gönnen?

Sie sind immer dann der richtige Weg, wenn die Initiative von den Jugendlichen selbst ausgeht. Wenn sie davon nicht begeistert sind, kann man so viel guten Mutes sein und Geld geben, es wird nicht klappen. Bei uns war die Entscheidung wirklich ein Prozess auf Wunsch der Jugendlichen. Wir haben sie in den Jugendhilfeausschuss eingeladen und mit ihnen diskutiert: „Wie wollt ihr es haben? Wenn ihr in die Ausschüsse wollt, wenn ihr Euch regelmäßig treffen wollt, finden wir einen Weg." So ist die Idee des Jugendparlaments entstanden. Als sie sich eine Geschäftsordnung gegeben haben sowie bei rechtlichen Fragen haben wir natürlich geholfen. Die Wünsche der Jugendlichen wurden dann eins zu eins vom Kreistag umgesetzt. Damit haben die Jugendlichen natürlich einen hohen Anreiz gehabt zu sagen: „Mensch, das ist unser Jugendparlament."

Welche Bedeutung kommt kommunalen Bildungseinrichtungen oder Kinder- und Jugendzentren bei der politischen Bildung zu?

Eine hohe, weil in Jugendfreizeitzentren, Schulen usw. junge Menschen erstmals mit einer öffentlichen Institution zu tun haben. Wenn die Schule in einem guten baulichen Zustand und modern eingerichtet ist, dann ist das eine Aussage der Gesellschaft gegenüber den Schülern: „Wir nehmen euch ernst. Ihr seid uns wichtig." Das wird beiläufig kommuniziert. Übrigens, auch der Bürger weiß dann, wofür er Steuern zahlt. Wir haben beispielsweise in 16 kreisangehörige Schulen bislang 130 Millionen Euro in die Modernisierung gesteckt. Für die weiteren Jahre bis 2023 werden nochmals 40 Millionen bereitgestellt und ein Masterplan entwickelt. Daran können sie unsere Wertschätzung messen. Wenn dem Kreistag und einem Landrat Bildung wichtig ist, muss sich das auch im Haushalt widerspiegeln.

Da wir gerade beim Thema Schule sind: Lange Schulzeiten, wenig Freizeit, stimmen denn überhaupt noch die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches politisches Engagement?

Wir haben flächendeckend Ganztagsschulen. Theoretisch könnte man hier überall Arbeitsgemeinschaften einführen. Die Lehrpläne in Geschichte und Politik sind theoretisch so angelegt, dass Kommunalpolitik integriert werden könnte. Wenn man sich umhört, stehen Europapolitik, Bundespolitik, manchmal Landespolitik auf dem Lehrplan – aber keine Kommunalpolitik. Warum das so ist, darüber kann ich nur Vermutungen anstellen. Aber ich werbe sehr dafür, die Kommunalpolitik ist die Basis des gesamten Staatswesens und unserer Gesellschaft. Hier vor Ort erfahren Menschen, ob der Staat sie ernst nimmt, ob sich gekümmert wird, die Straßen und Schulen in Ordnung sind, ob Naturschutz einen Wert hat oder ob Kulturpolitik und Wirtschaftsförderung betrieben werden. Ich rede oft mit Lehrern, warum sie gewählte Kommunalpolitiker zum Beispiel nicht einladen oder mal kommen. Zwischen den Wahlen fürchten manche Beeinflussung. Und vor der Wahl sagt man, „da laden wir euch erst recht nicht ein, denn jetzt wollt ihr ja gewählt werden".

Da sind Berührungsängste, und – das schwang ja in ihrer ersten Frage mit – Politik hat keinen guten Ruf. Das müssen wir ändern.

Blick in die Fußgängerzone von Jever im Nordwesten Niedersachsens: In der Stadt befindet sich der Sitz der Kreisverwaltung des Landkreises Friesland.

Landrat Ambrosy trifft Jugendliche des Kreisjugendparlaments Friesland.

„Jugendparlamente sind immer dann der richtige Weg, wenn die Initiative von den Jugendlichen selbst ausgeht.

Sven Ambrosy

demo-online.de/info-partizipation

FOTOS: LANDKREIS FRIESLAND ZAUBERVOGEL/PIXELIO.DE

Die jungen Leute aus dem Kreis Friesland bringen sich mit ihren politischen Ideen ein: Im Januar versammelte sich das Kreisjugendparlament.

Sie werden ernst genommen

Landkreise suchen nach neuen Wegen für wirksame Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Das Bundesfamilienministerium unterstützt ausgewählte Kreise im Rahmen seiner „Demografiestrategie" – dazu gehören Friesland und Kyffhäuserkreis

Autor Ulf Buschmann

Es ist aufrüttelnd, was da im Schortenser Bürgerhaus auf der Bühne geschieht. Die Familie Weide darf nicht an einem Tisch sitzen, ihr werden zuerst der Tisch, dann die Stühle weggenommen, schließlich müssen die Familienmitglieder mit dem Rücken zum Publikum stehen. Weil die Familie nicht nachweisen kann, dass in ihren Adern reines Schortenser Blut fließt, verliert sie ihre Bürgerrechte. Zuletzt führen Ordner sie in den hinteren Teil des Saales, wo Mutter, Vater und Kinder als sogenannte „Unwerte" ihr Dasein fristen. „Gesetz ist Gesetz und muss befolgt werden", skandiert dazu Mustafa Fakhro, der den Bürgermeister verkörpert. Den unbeteiligten Anwesenden im Saal ist sichtlich unwohl in ihrer Haut, registriert die Autorin einer Lokalzeitung. „Das hat schon ganz gut wiedergegeben, wie es vor 80 Jahren hier zugegangen ist – natürlich war damals der Druck viel größer", lässt sie einen Besucher in ihrem Bericht zu Wort kommen.

> **„Es ist wichtig, über Beteiligungsformen seine Meinung zu sagen, und sich nicht hinter Benutzernamen in sozialen Netzwerken zu verstecken.**
>
> Nadine Schulze, stellvertretende Vorsitzende des Kreisjugendparlaments Friesland

Auch für Mustafa Fakhro aus Jever ist es so etwas wie ein Schlüsselerlebnis. In einem Rollenspiel wird hier das Schicksal einer Schortenser Familie nach der Machtergreifung durch die Nazis aufgearbeitet. Das Ganze ist eingebettet in einen Informationsabend und eine Gedenkfeier für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus im Landkreis Friesland. Auf die Beine gestellt haben das die Mitglieder des Jugendparlaments Friesland, dem Mustafa Fahkro vorsitzt.

„Lina, Käthe, Adolf, Arthur & Helene – Jüdische Jugendliche in Schortens" heißt die Veranstaltung, die da Ende Januar über die Bühne gegangen ist. Es sind die Namen der fünf Kinder der Familie, an die mit diesem Titel erinnert wird. Gleichzeitig ist es der Auftakt der Antidiskriminierungs-Kampagne Friesland mit Namen „Together". Beides – Gedenkveranstaltung und Kampagne – haben direkt mit dem demografischen Wandel und der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen zu tun. Das ist gerade in ländlichen Räumen mit schrumpfender Bevölkerung keine Selbstverständlichkeit. Hier setzt auch die Demografiestrategie der Bundesregierung mit der Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft" an – eine von zehn Arbeitsgruppen.

Initiatorin war im Jahr 2014 die damalige Bundesjugendministerin Manuela Schwesig. Sie hatte erkannt: „Demografiepolitik ohne Jugend geht nicht." Und hatte gehandelt. Das Besondere dabei ist: Die Beteiligten diskutieren nicht nur über die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, sondern mit ihnen. Ihre Ideen sind in die Empfehlungen der AG zu einer jugendgerechten Demografiepolitik sowie in die Demografiestrategie der Bundesregierung eingeflossen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den ländlichen Räumen.

Hintergrund aller Überlegungen: Nach Erkenntnissen des BMFSFJ sind vor allem die jungen Menschen von den Auswirkungen der älter werdenden Gesellschaft betroffen. Sie werde sich in allen Bereichen

FOTO: KREISJUGENDPARLAMENT FRIESLAND/PRESSEBILD

auf das Leben der Jungen auswirken. Bei der Entwicklung von Zukunftsideen wollen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen beteiligt werden. Jedoch würden Politik, Verwaltung und nicht zuletzt die Zivilgesellschaft nicht immer ausreichend darauf reagieren. Jugendlichen werde bei der sogenannten Generationengerechtigkeit nur eine nachgeordnete Rolle eingeräumt. Mit ihrer Strategie scheint die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ denn auch bei den jungen Menschen die sprichwörtlichen offenen Türen einzurennen. „Die Jugendlichen fühlen sich ernst genommen“, sagt Rainer Wiebusch, zuständiger Referatsleiter im BMFSFJ.

Hinter dem Konzept steckt eine gehörige Portion wissenschaftlichen Sachverstands. Von ihm haben die vier teilnehmenden Landkreise Friesland in Niedersachsen, Kyffhäuserkreis in Thüringen, Lichtenfels in Bayern sowie Vorpommern-Rügen in Mecklenburg-Vorpommern profitiert. Sie sind von Oktober 2015 bis April 2018 Teil des Forschungsprojekts „Jugend-Demografie-Dialog“ der Lüneburger Leuphana-Universität. Die Leitung hat Professor Dr. Waldemar Stange.

Ideen für die Zukunft

In allen vier Landkreisen hätten „viele Jugendgruppen parallel zu der Arbeit der AG ‚Jugend gestaltet Zukunft‘ verwertbare eigene Ideen und Lösungsbeiträge zum demografischen Wandel in ihren Landkreisen“ entwickelt, steht in der jetzt erschienenen Handreichung. Die Ideen der jungen Bewohner sollen dazu beitragen, die Kreise „zukunftssicherer zu machen“ und anderen als Orientierung dienen.

Wie es funktionieren kann, zeigt der Landkreis Friesland. „Dort hat Landrat Sven Ambrosy (siehe auch Interview Seite 4-5) Jugendbeteiligung zu seinem Projekt, zur Chefsache gemacht“, freut sich Referatsleiter Wiebusch. Im hohen Norden ist im vergangenen Jahr das 25 Mitglieder starke Jugendparlament Friesland installiert worden. Davon wird jeweils die eine Hälfte direkt gewählt, die andere Hälfte sind Delegierte von bereits bestehenden Einrichtungen wie „dem Kreisschülerrat, den Jugendverbänden, dem Kreissportbund sowie Vertreterinnen und Vertreter aus bereits bestehenden strukturellen Jugendbeteiligungsformen in den Gemeinden und Städten des Landkreises“. So informiert die Internetseite www.jugendparlament-friesland.de.

In ihre Art, Politik zu machen, mischen sich weder Verwaltung noch die Landkreis-Politiker ein – wenn es aus der Richtung anfangs durchaus auch die eine oder andere kritische Stimme gegeben habe, erklärt Nadine Schulze aus der Gemeinde Zetel. Die 18-Jährige ist stellvertretende Vorsitzende des Jugendparlaments. Ihre Erfahrungen sind aber durchweg positiv. „Es ist wichtig, über Beteiligungsformen seine Meinung zu sagen und sich nicht hinter Benutzernamen in sozialen Netzwerken zu verstecken“, ergänzt Nadine Schulze.

Allein aus diesem Grund wirbt sie an diesem Dienstagabend in der Runde des Jugendparlaments ihrer Gemeinde für das Engagement. „Ihr könnt euch als Privatperson jederzeit einbringen“, sagt Nadine Schulze. Darauf legt sie Wert, denn das Jugendparlament hat sich bereits einige Ausschüsse gegeben, die mit den entsprechenden Delegierten besetzt sind. Die Ausschüsse heißen Schule, Bildung und Sport, Kinder- und Jugendrechte, Kultur und Soziales, Regionalentwicklung und Umwelt sowie Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus sind die Mitglieder des Jugendparlaments mit beratender Stimme in den regulären Kreisausschüssen Arbeit und Soziales, Bauen, Feuerschutz und Mobilität, Schule, Sport und Kultur, Umwelt, Abfall und Landwirtschaft, Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen sowie Jugendhilfe vertreten.

Aus der Sicht der Jungpolitiker hat diese Konstruktion viele Pluspunkte, unter anderem in Sachen Verhältnis zu Politik und Verwaltung. Der Vorsitzende Mustafa Fahkro beschreibt das Verhältnis als sehr gut. Er sagt: „Vom ersten Tag an bis heute wurden wir immer von Politik und Verwaltung unterstützt und ernst genommen. Ich glaube auch, dass wir einen guten Beitrag leisten können, wenn in Abstimmungen des Kreises, sich Jugendliche auch berücksichtigt fühlen.“ Gleichwohl gibt es noch viele dicke Bretter zu bohren. „Insgesamt denke ich liegt noch ein weiter Weg vor uns, bis wir als generell anerkanntes politisches Gremium wahrgenommen werden. Es liegt daher an uns, den Menschen – insbesondere den Jugendlichen, zu zeigen, dass wir unseren Aufgaben mit dem nötigen Pflichtbewusstsein entgegentreten, nur so werden wir auch in Zukunft als öffentlich anerkanntes Gremium fungieren können“, findet Jannes Wiesner, Vorsitzender des Ausschusses der „Together“-Kampagne. Die Jugendlichen in Friesland sind ein ganzes Stück vorangekommen auf dem Weg zu wirksamer Jugendbeteiligung.

Oben: Nadine Schulze
Mitte und unten: Eine Gedenkfeier und einen Informationsabend für Opfer des Nationalsozialismus im Landkreis Friesland haben die Jugendlichen auf die Beine gestellt.

Austausch zwischen Bundestagsabgeordneten und Jugendlichen: Das Kreisjugendparlament Friesland hatte im Herbst 2017 zu einer öffentlichen Diskussion eingeladen.

Im Kyffhäuserkreis tut sich etwas

Auch im Kyffhäuserkreis tut sich etwas: „Wir sind beim Aufbau eines Jugendparlaments“, sagt Elke Schnabel, Sachgebietsleiterin für Prävention, Kitas und Planung der Kreisverwaltung in Sondershausen. Derzeit würden 16 Jugendliche von 14 bis 18 Jahren zu Jugendmoderatoren qualifiziert. Durch die Institutionen seien die jungen Leute auch schon gereist. Schnabel und der politische Nachwuchs sind fest entschlossen, das Vorhaben in die Tat umzusetzen. Das Problem, so die Sachgebietsleiterin, sei die Größe des Landkreises: „In den Städten ist es unkomplizierter.“

Insgesamt ist die Palette möglicher Beteiligungsformate vielfältig, wie auch ein Blick in die Demografie-Modellandkreise Vorpommern-Rügen und Lichtenfels belegt. An der Ostseeküste beschäftigten sich rund 120 Jugendliche unter der Leitung von Stange mit dem demografischen Wandel und erarbeiteten eine Top-Ten-Themenliste. Die Ergebnisse stellten sie anschließend im Jugendhilfe-Ausschuss vor. Allerdings hätten sich dessen Mitglieder bislang noch nicht entschieden, wie es mit dem Prozess weitergehen soll, erläutert Landkreis-Sprecher Olaf Manzke. Zumindest ist laut „Jugend-Demografie-Dialog“-Handreichung „das enge Verknüpfen mit schon vorhandenen Unterstützungsstrukturen“ angedacht – etwa „durch das ‚Andocken‘ an das gut ausgebaute System der Schulsozialarbeit“.

Im Landkreis Lichtenfels sind die Ergebnisse der Dialoge und Workshops überdies durch die direkte Einbindung in die regionale Bildungs- und die Jugendhilfeplanung eingeflossen.

Mehr Informationen
demo-online.de/info-partizipation

FOTOS: BUSCHMANN; KREISJUGENDPARLAMENT FRIESLAND/PRESSEBILDER

Die ersten Gehversuche in der Kommunalpolitik

Neuntklässler der Oberschule Waldheim in Sachsen nehmen am Planspiel der Friedrich-Ebert-Stiftung teil

Autor Robert Kiesel

Am Ende der Antragsberatung deutet sich ein Kompromiss an: Wenn sich die Fraktion der Sozialen Jugendpartei ein Ja zum Antrag „Skatepark am Werder errichten" abringen kann, sichern die Mitglieder der Fraktion Jugend-Freiheits-Kämpfer im Gegenzug ihre Zustimmung zu deren Antrag auf eine Sprayerwand zu. Den Ratschlag von Stadtrat Sandro Dierbeck „Politik ist immer ein Geben und Nehmen", setzen die beiden (Schüler-)Fraktionen damit eins zu eins in die kommunalpolitische Praxis um. Der Unterschied zwischen Dierbeck und den Jungpolitikern: Während der 42-Jährige tatsächlich seit neun Jahren im Stadtrat von Waldheim sitzt, unternehmen die Neuntklässler soeben ihren ersten kommunalpolitischen Gehversuch. Verhandelt wird in den Klassenräumen der Oberschule Waldheim, die Fraktionsnamen haben die Schüler sich in nur wenigen Minuten ausgedacht und auch ihre Anträge werden es nur mit viel Glück tatsächlich ins Rathaus der 8.000-Einwohner-Stadt (Landkreis Mittelsachsen) schaffen.

INFO

Das Planspiel Kommunalpolitik der FES kann grundsätzlich an jeder Oberschule in Deutschland stattfinden. Finanziert wird es von den jeweiligen Länderbüros der FES.
Bedingung: Die Schülerinnen und Schüler müssen 15 Jahre oder älter sein, die Arbeitsräume für die Projekttage von der Schule gestellt werden. Die Organisation des Planspiels inklusive Kontaktaufnahme zu Stadt/Gemeinde/Bezirk übernimmt die FES. Kontakt: Yvonne Lehmann, yvonne.lehmann@fes.de

Davon unbenommen ist rasch zu spüren, wie gut ihnen die Pause vom Alltag der klassischen Schüler-Lehrer-Beziehung – die Masse schweigend am Tisch sitzend, der Lehrer ununterbrochen redend – gefällt. „Normalerweise ist es doch so: Der Lehrer erzählt seinen Text, keiner hört hin, alle schreiben ab und man lernt oder eben nicht. Diesmal ist es ganz anders", bringt es Dominik Morawetz auf den Punkt. Ermöglicht wird die willkommene Abwechslung durch das Planspiel Kommunalpolitik, konzipiert und organisiert von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Sieben sogenannte „Teamer" hat die Stiftung für zwei Tage nach Waldheim entsandt, um den Schülern das „1x1 der Kommunalpolitik" näherzubringen.

Der Schlüssel zum Erfolg: Lockerheit. Mit Stuhlkreis statt Tischreihen, Du statt Sie, Lachen statt Pauken hat das Team um Sarah Splettstößer und Julian Gerlach, die beide schon viele Planspiele für die FES geleitet haben, die Schüler rasch auf seiner Seite. Mit der Mischung aus Vermittlung und Entspannung – Grundsätzen politischer Bildungsarbeit unterbrochen von Spielen und Verschnaufpausen – sorgen sie für Spaß und Lernerfolg gleichermaßen. Der Lohn ihrer Arbeit: Rückkopplungen wie „überraschend cool", „mal was ganz anderes", oder „war eine tolle Zeit", getoppt durch den Satz „Ich habe heute so viel gelernt wie in allen Stunden Gemeinschaftskunde (GK) insgesamt".

Silvia Eckardt und Thomas Sattler, beide Gemeinschaftkunde-Lehrer der Schule und aufmerksame Beobachter der beiden Planspieltage, nehmen das nicht persönlich – im Gegenteil. „Die Kinder gehen aus sich heraus, finden Bestätigung und Anerkennung. Sie merken, dass ihre Anliegen tatsächlich ernst genommen werden", lobt Eckardt. Ihr Kollege ergänzt: „An diese beiden Tage werden sie sich noch Jahre später erinnern, das ist was zum Anfassen. Da kann ich in meinem Unterricht noch so viele Filme über die große Bundespolitik zeigen, da bleibt nichts hängen." Beide sind sich darin einig, dass das Planspiel viel besser als andere Formate das Interesse der Jugendlichen an der Politik wecken kann. Eben weil es die Schüler dort abholt, wo sie sind: am eigenen Ort, vor der eigenen Haustür, in der eigenen Lebenswelt.

Themen zum Anfassen

Zum Anfassen sind dann auch die Themen, denen sich die Mitglieder der selbst ernannten Sozialen Jugendpartei, Demokratischen Partei Waldheim oder Oberschüler Waldheim widmen. Mehr Parkplätze für Mopeds vor der Schule, eine bessere Busverbindung in den Nachbarort, schnelleres Internet oder Treffpunkte für die Jugendlichen in Waldheim sind Vorschläge, die im Rahmen der Antragsdiskussion aufkommen. Weitere wie der nach Überdachung der Bushaltestelle, Einrichtung eines Zebrastreifens oder der für den Bau einer Tennishalle folgen. Sie machen deutlich: Die Schüler haben Sorgen und Probleme, die im Alltag des vorrangig von Menschen jenseits der 50 besetzten Stadtrats nur selten eine Rolle spielen. „Die bringen Themen auf, von denen wir sonst gar nichts wüssten. Es ist teilweise richtig erschreckend, wie viele von ihnen beispielsweise von schlecht geplanten Busanbindungen betroffen sind, ohne dass wir überhaupt etwas davon mitbekommen", sagt Gaby Zemmrich, parteilose Stadträtin der SPD-Fraktion. Sie war im Rahmen des Planspiels bereits häufig zu Gast in der Oberschule Waldheim, genau wie Sandro Dierbeck und Ricardo

Jugendlichen Teilnehmer der Planspieltage: Sie besuchen eine Ausschusssitzung im holzvertäfelten Ratssaal des Waldheimer Rathauses.

FOTO: ROBERT KIESEL

Baldauf, ebenfalls Mitglieder im Stadtrat und an diesem Tag in der Rolle des (Kommunal-)Politikers zum Anfassen. Zum mittlerweile 13. Mal gastiert das Projekt an der Schule.

Eine Premiere ist die Veranstaltung für Dominik Morawetz und Elias Röder, die beide die 9. Klasse an der Oberschule Waldheim besuchen. Eine gute Sache sei das Planspiel, darin sind sich beide einig. Selbst den eigenen Gang in die (echte) Kommunalpolitik schließen sie kurz vor Ende des zweiten Projekttages nicht aus. Was ihnen besonders gefallen hat? Endlich ernst genommen zu werden. „Es tut gut, zu sehen, dass wir unsere Meinung einbringen können. Unabhängig davon, ob die Vorschläge später umgesetzt werden oder nicht", erklärt der 15-jährige Morawetz. Der 16-jährige Röder, dessen Vater selbst im Stadtrat sitzt, nickt zustimmend und ergänzt: „Der Gemeinschaftskunde-Unterricht ist durch diese beiden Tage deutlich attraktiver geworden."

Bei aller Freude über die willkommene Abwechslung vom Schulalltag: Dass Kommunalpolitik nicht immer spannend ist und Projekte teils immer und immer wieder aufgerufen werden müssen, ehe sich endlich etwas bewegt, bleibt den Schülern nicht verborgen. Sie werden Zeuge dessen, als sie zum Abschluss des ersten Projekttages den holzvertäfelten Ratssaal des Waldheimer Rathauses betreten. Dort, unter aufwendig restaurierten Wandmalereien und hinter eindrucksvoll verzierten Fenstergläsern, hält der Ausschuss für technische Angelegenheiten seine turnusmäßige Sitzung ab. Auf der verhältnismäßig knappen Tagesordnung stehen Punkte wie jener zur „Änderung der Ausführung der Unterhangdecke in den Fluren der Grundschule Waldheim." Allgemeines Aufatmen ist zu vernehmen, als die Abstimmung des Ausschusses einstimmig und ohne große Diskussionen erfolgt. Mit Unterhangdecken und den verschiedenen baulichen Möglichkeiten der Ausführung kennt sich wohl niemand der gut 60 minderjährigen Zuhörer wirklich aus.

Und auch wenn die darauffolgenden Themen wie Beräumung von Wanderwegen oder Reinigung der städtischen Gullydeckel 16-Jährige nicht eben unter Adrenalin setzt, die Aufmerksamkeit bleibt hoch. Das mag auch daran liegen, dass sich die jugendlichen Zuhörer möglichst viele Details und Gepflogenheiten der Sitzung einprägen wollen, um sie später selbst einzuhalten. Schließlich ist nicht nur der passive Stadtratsbesuch, sondern auch die aktive Stadtratsrunde

Stuhlkreis statt Tischreihen: lockeres Lernen mit Teamern (oben, stehend: Julian Gerlach)

Teil des Planspiels. Einen eigenen Antrag plus Anfrage müssen die Schüler-Fraktionen erarbeiten, jeweils unterstützt von echten Stadträten wie Gaby Zemmrich und Sandro Dierbeck, die am zweiten Projekttag in die Schule kommen.

Am Ende dieser Erarbeitungsphase steht unter anderem die eingangs erwähnte Absprache zwischen Sozialer Jugendpartei und Jugend-Freiheits-Kämpfern. Schaffen es ihre Anträge auf Errichtung von Skaterpark und Sprayerwand tatsächlich in den Stadtrat und werden später sogar Realität, dürfte die Begeisterung der Schüler für die Kommunalpolitik auch nachhaltig geweckt sein.

Brainstorming: Die Jugendlichen offerieren politische Themen aus ihren Lebenswelten.

Anzeige

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

KOMMUNE BEWEGT WELT

DER PREIS FÜR HERAUSRAGENDE KOMMUNALE BEISPIELE ZU MIGRATION UND ENTWICKLUNG

- Ihre Stadt, Gemeinde oder Ihr Landkreis engagiert sich gemeinsam mit Migrantinnen und Migranten im Bereich Entwicklungspolitik?
- Ihre Kommune unterstützt Ihren Verein oder Ihre Initiative, um das Thema Migration und Entwicklung voranzubringen?

INSGESAMT 135.000 EURO PREISGELD

Bewerben Sie sich und lassen Sie Ihr gemeinsames Engagement auszeichnen!
Bewerbungsschluss: 29. Juni 2018

WWW.KOMMUNE-BEWEGT-WELT.DE

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn
www.engagement-global.de
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: **www.service-eine-welt.de | info@service-eine-welt.de**

Im Auftrag des
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

FOTOS: ROBERT KIESEL

Demokratie in der Kita

Im Dolli-Einstein-Haus von der AWO in Pinneberg können Kinder bei allen sie betreffenden Belangen mitentscheiden – ein Konzept, das in ganz Schleswig-Holstein Schule macht

Autorin Susanne Dohrn

Die Uhr zeigt 10.15: In der Kita Dolli-Einstein-Haus tagt der Kinderrat. Es geht darum, ob der Ausflug der Kita in einen Tierpark oder auf einen Erlebnishof mit Alpakas führen soll. Nun sollen die „Weitersager", die Delegierten der Kita-Gruppen, das Votum der Gruppen zusammentragen.

Alltag in der ersten Demokratie-Kita Deutschlands. Auf einem roten Plakat im Büro von Leiterin Ute Rodenwald sind die Kinderrechte mit Bild und Text festgehalten: „Ich entscheide, was und wie viel ich esse." „Ich habe das Recht zu schlafen." „Ich entscheide, mit wem ich kuscheln möchte." „Ich darf meine Meinung jederzeit sagen." Oder auch das: „Ich entscheide, wer mich wickelt." Ute Rodenwald: „Mitbestimmen beginnt schon in der Krippe – immer in einem Rahmen, den die Kinder überblicken, den sie verstehen." Heike Schlüter, Rodenwalds Stellvertreterin, ergänzt: „Wir versuchen, die Kinder darin zu bestärken, dass sie sich für die Sachen einsetzen, die ihnen wichtig sind."

Links das Alpaka, rechts der Bus zeigen, dass eine Mehrheit für die Alpakas ist: Berkan, Pädagogin Moni, Jona und Pia schreiben das Protokoll.

Zur Demokratie gehören Regeln

10.20 Uhr: Zur Demokratie gehören Regeln. Pädagogin Norina Maaß legt zu Beginn der Kinderratssitzung das Bild von einem Ohr auf den Tisch und fragt, was das bedeutet. „Ich höre zu", antwortet Jona. Es folgt eine Glühbirne. „Ich habe eine Idee," antwortet Pia. Ein Kopf steht für „Ich bin da", der Mund mit einer großen Sprechblase für „Ich sage, was ich denke".

Solche Regeln stellen die Kinder mit auf. In der Präambel der fünfseitigen Kita-Verfassung ist festgelegt, dass die Beteiligung der Kinder an allen sie betreffenden Entscheidungen ein „Grundrecht" ist.

10.25 Uhr: Pia, Carla, Jona und Berkan, die Weitersager, haben Protokolle mitgebracht. In ihren Gruppen – sie heißen Delfine, Frösche, Robben und Raben – wurde zuvor über den Ausflug diskutiert und abgestimmt. Auf den Protokollen ist das Ergebnis als Piktogramm festgehalten: Lächeln steht für Ja zum Ausflug zu den Alpakas, neutral für unentschieden, heruntergezogene Mundwinkel für Nein. Unter den Piktogrammen befinden sich Strichlisten. Schreiben können die Kinder noch nicht, zählen schon. Nun malen die Weitersager das Votum ihrer Gruppen auf die Tafel. Norina Maaß und Monika Rinne, die beiden Pädagoginnen, assistieren.

Weitersager werden, wie der Elternbeirat, zu Beginn des Kitajahres gewählt: ein Mädchen und ein Junge im letzten Kita-Jahr aus jeder der vier altersgemischten Gruppen. So steht es in der Verfassung. In der Gruppe hat jedes Kind eine Stimme, auch 3-Jährige. Die Wahl ist geheim, auf dem Wahlzettel stehen Bilder statt Namen. Heike Schlüter: „Wir haben anfangs gedacht, die Kinder entscheiden nach Sympathie, aber die ist ihnen gar nicht so wichtig. Ihnen ist klar, dass es um Kompetenz geht."

10.45 Uhr: Auf der Tafel ist ein Bild-Protokoll entstanden: die Namen der Anwesenden, ein Quadrat mit Kopf, Augen und Ohren steht für den Erlebnishof, ein aufgemalter Delfin, eine Robbe, ein Frosch und ein Rabe für die Kita-Gruppen, darunter das Votum. Ein langer Bus, aus dessen Fenstern viele Kinder schauen, dokumentiert das Ergebnis: Eine klare Mehrheit hat für den Erlebnishof gestimmt.

> **„Mitbestimmen beginnt in der Krippe – immer in einem Rahmen, den die Kinder überblicken, den sie verstehen."**
>
> Ute Rodenwald, Kita-Leiterin

Bis zur ersten zertifizierten Demokratie-Kita Schleswig-Holsteins war es ein mehr als zehnjähriger Weg, unterstützt von regelmäßigen Weiterbildungen des Kieler Instituts für Partizipation und Bildung. Der eigenständige Verein ist Erfinder des Konzepts „Kinderstube der Demokratie" und zertifiziert die Kitas. Inzwischen ist aus der Idee eine Bewegung geworden. Bis zum Jahr 2020 sollen alle AWO-Kitas in Schleswig-Holstein als Demokratie-Kitas anerkannt sein. „Wo, wenn nicht in den Kindertagesbetreuungs-Einrichtungen, sollen wir damit anfangen, diese Werte zu vertreten und zu leben, die aus unserer Sicht notwendige Bedingungen einer wahrhaft demokratischen Gesellschaft sind", sagt der schleswig-holsteinische AWO-Geschäftsführer Michael Selck. Das AWO Projekt ist mittlerweile international bekannt. 2017 wurde es von der finnischen Organisation HundrED für ihr Demokratieprojekt unter mehr als tausend weltweiten Bildungsprojekten ausgezeichnet.

10.50 Uhr: Norina und Monika beschriften das Protokoll für die Pädagoginnen in den Gruppen, die die Zeichnung des Delfins oder Raben nicht als solchen erkennen. Dann fotografiert Norina das Protokoll, um es an die Kita-Leitung weiterzugeben, wo es abgeheftet wird. Die muss nun einen Termin abmachen und den Bus organisieren. Denn damit wären die Kinder in der Tat überfordert.

FOTOS: DOHRN

In Bild und als Text für Kinder und Erwachsene nachvollziehbar: die Kinderrechte der Demokratie-Kita

DEMO
KOMMUNALKONGRESS

Treffpunkt
sozialdemokratischer
Kommunalpolitik

Infos und Anmeldung unter:
www.demo-kommunalkongress.de

Jetzt anmelden!

»DER KOMMUNALE WEG NACH VORNE«

13. DEMO-Kommunalkongress

Berlin | 21. – 22. Juni 2018

Gemeindezentrum Schöneberg | Hauptstraße 125A | 10827 Berlin-Schöneberg

Es erwarten Sie hochrangige Referenten aus Bund, Ländern und Kommunen, u.a.

ANDREA NAHLES
Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

THEMENSCHWERPUNKTE

DEMOKRATIE UND ZUSAMMENHALT

- Nachhaltige Wohnungspolitik in Städten und Gemeinden
- Bildung und Teilhabe
- Bürgerbeteiligung in der repräsentativen Demokratie

TECHNOLOGISCHER WANDEL UND FORTSCHRITT

- Smart City und Digitale Dörfer
- Arbeit 4.0 in den Kommunen
- Neue Mobilität für Stadt und Land

STRUKTUREN UND VERANTWORTUNG

- Kommunen, die Länder und der Bund
- Kommunen und Regionen in Europa
- Kommunen in der Einen Welt

Kooperationspartner:

INNOVATORS CLUB

Sozialdemokratische Kommunal Akademie

SPE-FRAKTION
Europäischer Ausschuss der Regionen

Europäischer Ausschuss der Regionen

Was finden Kinder wichtig, wie sehen sie ihre Stadt: Das macht das crossmediale Projekt #Stadtsache sichtbar.

Ortsdetektive unterwegs

#Stadtsache-Projekt: Kinder lernen früh demokratische Teilhabe kennen – eine Initiative der StadtBauKultur NRW

Autorin Maicke Mackerodt

Eine ziemlich geniale App schickt Kinder vor die Tür. In kleinen Gruppen erkunden sie gemeinsam mit nur einem Smartphone ihr Viertel. Dank der Gratis-App #Stadtsache machen sie eine Art Schnitzeljagd durch ihren Stadtteil und zu ihren Lieblingsplätzen. Mit Fotos, kleinen Videos und Geräuschen können sie gleich an Ort und Stelle dokumentieren und kommentieren, wie zufrieden sie mit Radwegen, Spielplätzen oder Streetsportanlagen sind, was ihnen fehlt und welche Verbesserungen sie sich wünschen.

Initiiert hat das #Stadtsache-Projekt die Bildungsjournalistin Anke M. Leitzgen. Die vierfache Mutter ist überzeugt, dass eine Welt, „in der jeder Mensch sein Leben so selbstständig und aktiv wie möglich in die Hand nehmen kann, eine glücklichere ist“. In diesem Sinne hat die Buchautorin schon viele hervorragende Kindersachbücher konzipiert, unter anderem das mehrfach preisgekrönte „Entdecke deine Stadt“ (Beltz Verlag). Das Buch ist ebenfalls Teil ihres großen crossmedialen Projekts #Stadtsache. Der Impuls zur Stadtsache kam von der Initiative StadtBauKultur NRW. Herzstück ist eine kostenlose App, die als Werkzeug dient, um den Blick von Kindern und Jugendlichen auf ihre Stadt letztendlich auch für Stadtplaner, Bürgermeister und Kommunen sichtbar zu machen.

INFO-KASTEN

Das Workbook von Anke M. Leitzgen regt mit vielen Aufgaben und Ideen dazu an, genau hinzuschauen. Auf der Projekt-Website finden sich kostenlose Downloads für jüngere Kinder, beispielsweise DIN-A4-Bögen mit Anregungen, um Straßenmalfarben zu mixen. Es handelt sich um einen Auszug aus dem Buch „Jetzt entdecke ich meine Stadt“ (Beltz Verlag).

„Niemand nutzt das Viertel in der Stadt oder Trampelpfade auf dem Land so intensiv wie Kinder“, weiß Anke M. Leitzgen. „Was Kinder interessant finden, nehmen Erwachsene oft gar nicht richtig wahr.“ Leitzgen lebt sehr ländlich im Rhein-Sieg-Kreis bei Lohmar. Der freie Blick über das hügelige Bergische Land bis zum Siebengebirge befeuert ihre Kreativität. Unter dem Motto „Misch dich ein“, „Interessier dich“ gab sie vor zwei Jahren ihre ersten „Stadtentdecker“-Workshops: „Wir gingen mit den Kindern raus, suchten Spielräume, die keine Spielplätze sind. Oder fotografierten gefährliche Übergänge im Straßenverkehr, die den Jugendlichen das Leben schwer machen.“ Dabei stellte die Dokumentarfilmerin fest: Die gesammelten Fotos und Infos ließen sich nicht schnell bündeln und präsentieren. So entstand die App-Idee, „als plattformübergreifendes Werkzeug“.

Die App ist von Stadtsache-Programmierer Bruno Jennrich bildorientiert angelegt. „Geringe Sprach- und Schreibkenntnisse in Deutsch hindern die Kinder somit nicht teilzunehmen“, erläutert Anke M. Leitzgen. „Die Nutzung ist einfach, niederschwellig und nahezu selbsterklärend.“ Gefundene Orte können spielerisch vertont, skaliert, bemalt und kommentiert werden. Alle zwei Tage schaut die Initiatorin rein, entfernt lediglich erkennbare Menschen, die sich selbst fotografiert haben. Mittlerweile lagern in der App fast 10.000 Fundsachen.

Der Journalistin war es wichtig, dass die App simpel gestrickt ist. Aus den mehr als 60 gezielten Fragen und Aufträgen entstanden Fundstücke wie Kaugummis auf Pflastersteinen oder Fotos von Orten, wo Mülleimer fehlen. Alle Bilder werden über den GPS-Empfänger automatisch verortet und auf einer digitalen Weltkarte markiert. Die Fundstücke lassen sich so mit einem Klick wieder aufrufen und sind auch für andere Nutzer abrufbar, sofern sie öffentlich gemacht werden. Vor dem Speichern müssen die „Stadtentdecker“ ihre Fundstücke einem von sieben Sammelthemen zuordnen – wie Gebautes, Grünes, Technisches oder Verspieltes. „So sieht man sofort, was andere Kinder wichtig finden, wie sie ihre Stadt sehen.“

Brief an den Bürgermeister

Schüler der Grundschule in Heiligenhaus bei Overath waren während der Projektwoche mit der #Stadtsache-App in ihrem Heimatort unterwegs, haben Pausenhof, Schule und Umgebung erforscht. Kinder aus einer ersten und einer vierten Klasse befragten Mitschüler, Nachbarn, den Hausmeister, hörten viel Lob, aber auch Kritisches. Die wichtigsten Ergebnisse schickten die Ortsdetektive per Brief an Bürgermeister Jörg Weigt (SPD). Er kam vorbei und stand ausführlich Rede und Antwort. „Ich finde es toll, dass die Kinder so früh demokratische Teilhabe trainieren. So viel Engagement verdient ganz viel Unterstützung.“

Bleibt der unmittelbare Draht zur Stadt nicht folgenlos, lernen Kinder und Jugendliche frühzeitig, dass ihr Engagement etwas bewegt. Oder wen sie ansprechen müssen, um etwas zu verändern. Kommunen haben die Möglichkeit, Schulklassen oder Kindergärten einzuladen. Düsseldorf-Flingern war ein Pilotprojekt, wo nach und nach alle Stadteile erforscht wurden. „Da ergriff das Jugendamt die Initiative, wurde das Bezirksamt mit ins Boot geholt, demnächst werden die Ergebnisse präsentiert“, so Anke M. Leitzgen. „So bekommt man gezielt authentisches, zeitnahes Feedback zu geplanten Bauvorhaben oder zum Nahverkehr.“

FOTOS: ANKE M. LEITZEN

Mehr Informationen
demo-online/info-partizipation

Pionier der Jugendarbeit

Das kommunale Fritz-Henßler-Haus in Dortmund und seine Partner fördern die demokratische Bildung junger Menschen

Autorin Silke Hoock

Das Fritz-Henßler-Haus (FHH) ist Dortmunds traditionsreichste kommunale Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit. Zugleich ist das denkmalgeschützte Haus der Jugend die größte Einrichtung des Jugendamtes für Kinder, Jugendliche und Familien. „Unser Haus ist immer rappelvoll. Wir planen unser Programm bereits ein Jahr im Voraus“, sagt FHH-Leiter Bernd Weber. Die Freude darüber, ein Angebot zu machen, das den Nerv vieler junger und junggebliebener Menschen trifft, freut den Dortmunder.

Das FHH hat eine bewegte Geschichte. Das Vorgängermodell wurde am 5. Mai 1929 als erstes kommunales Jugendhaus in der Weimarer Republik eröffnet. Doch niemand ahnte, dass diese Stätte der Begegnung und Bildung für junge Menschen genau vier Jahre später von den Nationalsozialisten für ihre Zwecke missbraucht und später zerbombt werden würde. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Jugendarbeit ein großer Stellenwert für eine demokratische Zukunft zugeordnet – als logische Konsequenz aus diesen Erfahrungen. Schon bald wurde der Ruf nach einem neuen Haus der Jugend laut, in welchem die Jugend nach demokratischen Gesichtspunkten erzogen werden sollte und das Treffpunkt aller Jugendverbände, gleich welcher weltanschaulichen oder politischen Zielrichtung, sein sollte.

Das neue FHH wurde nach Fritz Henßler – dem Widerstandskämpfer gegen den Faschismus und ersten demokratisch gewählten Dortmunder Oberbürgermeister nach dem Zweiten Weltkrieg – benannt. „Ausgehend von den durch die Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten geprägten politischen Grundsätzen Fritz Henßlers, sind die Förderung demokratischer Bildung und Kultur für Kinder und Jugendliche seine Hauptaufgaben“, erklärte Schul- und Jugenddezernentin Daniela Schneckenburger anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Hauses vor zwei Jahren.

An diesen Grundsätzen, sagt Bernd Weber, „hat sich bis heute nichts geändert. Wir leisten einen Beitrag zur politischen Bildung Jugendlicher und junger Erwachsener“. Geändert habe sich indes die Methode. „Früher musste man zumindest Mitglied einer politischen Jugendorganisation sein und alle Veranstaltungen hatten Seminarcharakter“, beschreibt er den Gegensatz zu heute.

Neben der pädagogischen Arbeit bilden soziokulturelle Veranstaltungen und Projekte gemeinsam mit Vereinen und Trägern der freien Jugendhilfe einen Schwerpunkt. Verschiedene Kooperationspartner haben ihren festen Sitz und Büroräume im Fritz-Henßler-Haus. So zum Beispiel das „Respekt Büro“ des Jugendamtes, eine Einrichtung für interkulturelle Arbeit, Demokratieförderung und Gewaltprävention, die Geschäftsstelle des Landesjugendjazzorchesters, die alevitische Jugend NRW, die Bezirksschülervertretung und das „JuLeiCa Büro“.

> **„Wir leisten einen Beitrag zur politischen Bildung Jugendlicher und junger Erwachsener.**
>
> Bernd Weber, Leiter des Fritz-Henßler-Hauses

Arbeitsstelle Jugend und Demokratie

Die Arbeitsstelle Jugend und Demokratie des Jugendrings Dortmund, die sich als eine Einrichtung der interessengebundenen Demokratieförderung versteht, ist ein weiterer Kooperationspartner. Sie ist Anlauf- und Servicestelle ebenso wie Aktionsbüro. Sie berät Jugendgruppen, Organisationen und Institutionen bei der Durchführung eigener Aktionen. Zudem unterstützt die Arbeitsstelle bei der inhaltlichen und organisatorischen Planung von Projekten, vermittelt Kooperationspartner und Referenten. Und sie bietet Hilfe, um Fördermittel zu beantragen.

Im Fritz-Henßler-Haus spiegeln sich die gesellschaftlichen Veränderungen in Dortmund und der Region, aber auch die Geschichte und die Entwicklung der Jugendarbeit in Deutschland wider. Immer war die Arbeit des Hauses auch von der Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen und dem Finden von Lösungswegen geprägt. Aktuell öffnet sich das Haus für Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund. „Wir helfen über unsere Kooperationspartner bei verschiedenen Fragestellungen. Im kulturellen Veranstaltungskalender schlägt sich das in multikultureller Comedy nieder“, berichtet Bernd Weber. Das FHH geht also mit der Zeit und ist mehr denn je ein Zentrum, das positive Erfahrungen des Miteinanders zeigt und lebt.

FOTO: HOOCK

Dortmunds traditionsreichste kommunale Einrichtung für Kinder- und Jugendarbeit: Das neue Haus wurde nach Fritz Henßler – dem Widerstandskämpfer gegen den Faschismus und ersten demokratisch gewählten Dortmunder Oberbürgermeister nach dem Zweiten Weltkrieg – benannt.

Frische Ideen und Perspektiven

Otterndorf: Warum ein Jugendrat die Zukunft der Politik ist

Gastbeitrag Sammy Al Bayati, Mitglied der SPD-Fraktion in Otterndorf

Die SPD-Fraktion in Otterndorf: Anfang 2017 stellte sie den Antrag auf einen Jugendrat.

In der niedersächsischen Stadt Otterndorf soll bis Ende 2018 eine neue politische Institution entstehen: der erste Otterndorfer Jugendrat. Angesichts der zunehmenden politischen Partizipation junger Menschen sollen diese, so die Idee, selbstständig, verantwortungsbewusst und aktiv Politik in der Kommune machen können.

Nach dem Ratsbeschluss im Februar 2017 hat die Verwaltung der Stadt einen Arbeitskreis gebildet, um zusätzliche Konzepte für den Jugendrat auszuarbeiten. In dem Gremium – in dem auch Vertreter der Stadtratsfraktionen und ein Jugendarbeiter sitzen – sollen Leitlinien erörtert und ausgearbeitet und daneben auch Funktion und Aufgabe einer solchen Institution ausführlich diskutiert werden. Dies ist vor allem für die Identität und die Selbstständigkeit des jungen Rates grundsätzlich. Da die Kommunalverfassung des Landes Niedersachsen lediglich ein „geeignetes Grundkonzept" für die Umsetzung und Ausführung vorschreibt, stehen wir hier vor einer besonderen Herausforderung.

Hintergrund: Die Kommune ist die kleinste, zugleich aber auch wichtigste politische Einheit in unserer demokratisch-förderalistischen Struktur. Hier werden Entscheidungen getroffen, die den Bürger „hautnah" betreffen. Daher ist es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger in den politischen Entscheidungsprozess mit einzubeziehen, denn immer mehr sehen sich machtlos und „Denen-da-oben" hilflos ausgeliefert. Die daraus resultierende Politikverdrossenheit wirkt sich auch auf die Jüngsten unserer Gesellschaft aus. Gleichzeitig hat sich auch in der Kommunalwahl in Niedersachsen im Jahr 2016 gezeigt, dass immer mehr junge Menschen frischen Wind in die politische Landschaft bringen wollen. Die Idee eines Jugendrates ist zwar nicht neu, jedoch sehr effektiv: Jugendliche partizipieren direkt an einer politischen Entscheidung und können sie sogar beratend mit formen, indem sie Lösungsansätze für ein Problem aus einer frischen Perspektive liefern. So wird eine hohe Bandbreite an Meinungen im politischen Prozess berücksichtigt.

Struktur und Leitlinien

Es gibt viele Möglichkeiten, einen Jugendrat zu implementieren: Man könnte ihn wie eine Art „Verein" behandeln, in dem politisch Interessierte Jugendliche mitmachen – den sie aber auch ohne Vorankündigung wieder verlassen können. Eine weitere Möglichkeit sind verbindliche Wahlen. Hier liegt der Vorteil darin, dass die Jugendlichen eine politische Verantwortung übernehmen müssen. Es stellt sich auch die Frage nach der Struktur. All diese Dinge stehen aktuell auf der Agenda ganz oben – welche Struktur letztendlich in Otterndorf wegweisend sein wird, wird zurzeit im Arbeitskreis intensiv beraten.

Zuständig für Jugendpolitik: Sammy Al Bayati

Otterndorf: eine niedersächsische Kleinstadt mit 7.000 Einwohnern

Neben einer ratsinternen und -externen Struktur sind für den zukünftigen Jugendrat Leitlinien wichtig. Sie definieren einen Rahmen, an den er sich zu halten hat. Ein Beispiel wäre demokratisches und verfassungsrechtliches Handeln nach dem Grundsatz der Niedersächsischen Verfassung und des Grundgesetzes. Oder auch die Abwehr verfassungsfeindlicher Ideologien. Weiterhin wäre es sinnvoll, eine Art Philosophie für einen Jugendrat zu entwickeln, der die Identität und Selbstständigkeit dieses politischen Konstruktes festigt. Zuletzt ist festzustellen, dass ein wichtiger Grundsatz eines solches Rates die Unabhängigkeit gegenüber jeder politischen Partei ist. Es soll kein Platz für machtpolitische Interessen sein, denn es gilt das Interesse aller Jugendlichen in der Kommune.

Am Ende des Tages wollen wir Folgendes: Eine neue Perspektive und frische Ideen, die unserer Gesellschaft zugutekommen und unser demokratisches Zusammenleben stärken sowie eine gute Möglichkeit zum aktiven Debattenaustausch für unsere Jüngsten, die sich neben Schule und Verein engagieren wollen. Der Weg dahin wird mühsam, doch wir tragen die Verantwortung für die Schaffung neuer Möglichkeiten für nächste Generationen.

FOTOS: HOLTHAUSEN; K. WICHMANN/FOTOGRAFIE BULKAU

MIT 16 JAHREN AN DIE WAHLURNE

Vier Bundesländer – Bremen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Brandenburg – sind Vorreiter: Hier können 16-Jährige die Landesparlamente wählen. Auch in Berlin dürfen Jugendliche an die Wahlurne – wenn es um die Wahl der Bezirksverordnetenversammlungen geht. In Thüringen wurde das Wahlalter bei Kommunalwahlen von 18 auf 16 Jahre gesenkt. Zuletzt hat eine Studie der Bertelsmann-Stiftung dafür plädiert, mehr jüngere Wähler einzubeziehen. Denn Jungwähler werden zur Zeit immer weniger und ihre Wahlbeteiligung ist unterrepräsentiert, wie ein Blick in die offizielle Wahlstatistik offenbart. Die Studie zeigt auch auf: Besonders gering ist die Wahlbeteiligung bei Erst- und Jungwählern aus sozial benachteiligten und bildungsferneren Milieus.

Seit Jahren sinkt die Wahlbeteiligung in Deutschland auf allen staatlichen Ebenen. „Das ist bedenklich und schadet der Demokratie", wie die Bertelsmann-Stiftung in der Studie „Wählen ab 16" feststellt. Ein Ergebnis: Indem das Wahlalter herabgesetzt und mehr Erstwähler, also junge Menschen mobilisiert werden, kann die Wahlbeteiligung insgesamt erhöht werden. Die Wissenschaftler haben herausgefunden: Je früher und höher die Erstwahlbeteiligung ist, desto höher bleibt die Wahlbeteiligung später ein Leben lang. „Eine Steigerung der Erstwahlbeteiligung um 20 Prozentpunkte ab der Bundestagswahl 2017 würde auch die Gesamtwahlbeteiligung langfristig wieder auf knapp 80 Prozent erhöhen" erläutert der Sozialwissenschaftler Robert Vehrkamp, einer der Autoren der Studie.

Allerdings ist eine solche frühe Wahlbeteiligung nicht unumstritten. Sind 16- und 17-Jährige schon alt genug für so wichtige Entscheidungen? Für Vehrkamp ist die Antwort klar Ja. Es gebe keinen Grund zur Annahme, Junge seien nicht in der Lage eine rationale Wahlentscheidung zu treffen, wie er in einer Zeitung anlässlich der Wahlen für die Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin 2016 sagte, als 48.500 Jugendliche wahlberechtigt waren. Die Autoren der Studie sind überzeugt: Ein niedrigeres Wahlalter „erzeugt politisches Interesse". Das zeigte sich demnach deutlich in Österreich, nachdem dort das Wahlalter im Jahr 2017 auf 16 Jahren gesenkt wurde. Der Anteil der unter 18-Jährigen, die sich stark für Politik interessieren, verdreifachte sich in der Folge.

In der SPD gibt es viele Befürworter früher Wahlbeteiligung, so wagte der Berliner Parlamentspräsident Ralf Wieland (SPD) jüngst einen Vorstoß in diese Richtung. Bei dem Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag jedenfalls durften sogar 14-jährige SPD-Mitglieder mit abstimmen. *KB*

Beteiligung als Grundrecht

Ein Verein verleiht das Siegel „Kinderfreundliche Kommune"

Autor Carl-Friedrich Höck

Das UN-Recht wird in einem unscheinbaren Büro in Berlin-Mitte umgesetzt. Etwas versteckt liegt der Eingang im Erdgeschoss eines Plattenbaus in der vielbefahrenen Leipziger Straße. Hier arbeitet der Verein Kinderfreundliche Kommunen, genauer: ein fünfköpfiges Team um Geschäftsführerin Heide-Rose Brückner. Ihr Auftrag: Die Kommunen bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention zu begleiten, der Deutschland zwar schon 1992 zugestimmt hat, die aber erst seit 2010 ohne Vorbehalte gilt. Sie beinhaltet unter anderem das Recht auf Gesundheit, auf Bildung und Ausbildung sowie auf Spiel und Erholung. Aber auch ein Recht auf Meinungsfreiheit und Partizipation ist in der Konvention festgeschrieben. Die Vertragsstaaten „berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife", heißt es in Artikel 12.

Aus dem Recht werden Konzepte

Die Vorgaben sind verbindlich, aber allgemein gehalten. Heide-Rose Brückner spricht von „Bausteinen". Wie diese in der Praxis genau ausgestaltet werden, können die Länder entscheiden – allerdings entwickelt ein UNICEF-Forschungszentrum internationale Standards und Instrumente. In Deutschland erstellte die Bundesregierung ab 2005 zunächst einen „Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland". Und seit 2012 arbeitet der Verein Kinderfreundliche Kommunen daran, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden konkrete Konzepte zu erstellen. Träger des Vereins sind UNICEF und das Deutsche Kinderhilfswerk.

> **„Viele Kommunen verfügen nicht über die Daten, die sie eigentlich bräuchten."**
>
> Heide-Rose Brückner, Geschäftsführerin Kinderfreundliche Kommunen e.V.

Der Verein vergibt an vorbildliche Städte das Siegel „Kinderfreundliche Kommune". „Wir siegeln einen Prozess", erklärt Brückner. Denn die Urkunde erhalten die Kommunen nicht für ihre bereits bestehenden Kitas oder Spielplätze, sondern für ihr Versprechen, in den kommenden Jahren einen Aktionsplan umzusetzen. Diesen erstellen sie zuvor gemeinsam mit dem Verein. Regelmäßige Schwerpunkte sind dabei: Das Kindeswohl (das in allen kommunalen Verfahren verankert sein soll), eine kinderfreundliche Rahmengebung (mit entsprechenden Institutionen und Ansprechpartnern), Beteiligungsverfahren sowie Informationen über Kinderrechte.

Der erste Schritt auf dem Weg zur kinderfreundlichen Kommune ist stets ein Ratsbeschluss. Im zweiten Schritt muss die Verwaltung einen Fragebogen zur Kinderfreundlichkeit ausfüllen und Informationen zusammentragen, etwa zu bestehenden Netzwerken und Einrichtungen

Anzeige

Schaufenster des Vereins in Berlin: Mit 16 Kommunen arbeitet der Kinderfreundliche Kommunen e.V. bereits zusammen. Seit 2014 können sich alle Städte und Gemeinden ab 5.000 Einwohner um das Siegel bewerben.

oder zur Gesundheitsstruktur. Schon das sei oft eine große Hürde, erklärt Heide-Rose Brückner. Nicht nur, weil die Informationen von verschiedenen Ämtern und Verwaltungsebenen zusammengetragen werden müssen. „Viele Kommunen verfügen nicht über die Daten, die sie eigentlich bräuchten." Auch die Kinder und Jugendlichen selbst werden befragt, wie sie ihre Kommune erleben. Der Verein wertet die Fragebögen mit Kommunalvertretern sowie mit Sachverständigen aus.

Auf die Standortbestimmung folgt ein umfassendes Beteiligungsverfahren mit Kindern und Jugendlichen. Dieses ist wiederum Grundlage für den kommunalen Aktionsplan. Insgesamt sei der Prozess „sehr anspruchsvoll und nicht auf einer Backe zu machen", betont Brückner.

Ein Plan mit 58 Maßnahmen

Die Stadt Potsdam zum Beispiel hat rund zwei Jahre benötigt, um ihren Aktionsplan aufzustellen – er wurde in sämtlichen kommunalen Ausschüssen ausführlich diskutiert. Seit Oktober 2017 trägt die Landeshauptstadt nun das Siegel „Kinderfreundliche Kommune".

Potsdams Jugend-Beigeordneter Mike Schubert hat zum Gespräch eine Zusammenfassung des Aktionsplans in Tabellenform mitgebracht. Allein diese umfasst schon zwölf eng bedruckte DIN-A3-Seiten. Insgesamt 58 Maßnahmen sind geplant. Zum Beispiel: Die Beteiligungsgrundsätze der Stadt werden um Kinder- und Jugendbeteiligung erweitert. Schulsportplätze sollen – wenn möglich – nach dem Unterricht und am Wochenende für andere Aktivitäten geöffnet werden. Im

Potsdams Beigeordneter für Jugend Mike Schubert

Bürgerservice wird Infomaterial zu Kinderrechten ausgelegt. Und Investoren sollen im Rahmen von Bebauungsplanverfahren „eine attraktive Freiraumgestaltung bei Wohnquartieren" sichern.

Danach gefragt, was Kinderfreundlichkeit für ihn bedeutet, nennt Mike Schubert zwei Schlagworte: Mitwirkung und Teilhabe. Kinder sollen „bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes mitentscheiden". Und sie sollen alle an der Stadtgesellschaft teilhaben können, ob es nun um Frühstücksaktionen geht, den Sportverein oder kulturelle Angebote.

Wie funktioniert die Beteiligung? „Nicht nach Blaupause", antwortet Schubert. Je nach Thema werde nach einem Modell gesucht, das genau auf den Stadtteil passt. Mal laufe die Mitsprache über die Schulen, mal über die Jugendklubs oder ein Workshop-Verfahren.

> **„Man sollte die entscheiden lassen, die es später nutzen. Und es sind nicht die Eltern, die einen Spielplatz nutzen."**
>
> Mike Schubert

Für all das wird die Stadt auch Geld in die Hand nehmen. Was die Umsetzung des Aktionsplanes kosten wird, lasse sich aber noch nicht beziffern, sagt Schubert. Umgekehrt sollte man den Nutzen auch nicht nur in Geld bemessen, meint der Sozialdemokrat. „Ich sehe das als eine Aufgabe an, die wir als Stadt haben." Man könne es auch mit den Worten der ehemaligen NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sagen: „Wir dürfen kein Kind zurücklassen!"

Experten in eigener Sache

Aber muss man die Kinder dafür gleich umfassend beteiligen? Können die gewählten Stadtverordneten sie nicht einfach mitdenken und für sie mitentscheiden? Die Frage bringt den Jugend-Beigeordneten zum Schmunzeln. „Warum sollten sie?", entgegnet er. Wenn man etwas plane, müsse man die entscheiden lassen, die es später nutzen wollen. „Und es sind ja nicht die Eltern, die einen Spielplatz nutzen", merkt Schubert an.

Genauso sieht es auch Heide-Rose Brückner: „Machen Sie mal eine Schulwegplanung mit Kindern!" Diese hätten ganz andere Sichtachsen als Erwachsene, wenn sie zum Beispiel nicht über eine Hecke hinüberschauen können. Kinder seien Experten in eigener Sache.

Diesem Motto folgen immer mehr Kommunen. Insgesamt 16 beteiligen sich bereits an Verfahren mit dem Verein Kinderfreundliche Kommunen. Begonnen hat es 2012 mit den ausgewählten Pilotkommunen Köln, Wolfsburg, Regensburg, Hanau, Senftenberg und Weil am Rhein. Seit 2014 können sich alle Kommunen ab 5.000 Einwohnern um das Siegel des Vereins bewerben.

www.kinderfreundliche-kommunen.de

FOTOS: CARL-FRIEDRICH HÖCK

Das Team des Vereins Kinderfreundliche Kommune e.V. um Heide-Rose Brückner (2.v.l.) und Projektleiterin Susanne Fuchs (2.v.r.). Auf der Deutschlandkarte sind die beteiligten Kommunen vermerkt.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Junge Menschen fördern und ihre Rechte stärken

Überblick über die wichtigen kinder- und jugendpolitischen Maßnahmen, die die SPD-Fraktion umsetzen will

Autor Sönke Rix, familienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Schüler während einer Unterrichtsstunde in einer Görlitzer Schule: In moderne Schulen und gute Bildung zu investieren, ist ein wichtiges Ergebnis der Koalitionsverhandlungen und ein Verhandlungserfolg der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

FOTO: FLORIAN GAERTNER/PHOTOTHEK.NET

Die SPD-Bundestagsfraktion wird auch in dieser Legislaturperiode wichtige kinder- und jugendpolitische Maßnahmen umsetzen. Dafür haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Koalitionsverhandlungen wichtige Verhandlungserfolge erzielt:

– Wir investieren in die Qualität der Kinderbetreuung und den Abbau von Kita-Gebühren. Dafür stellen wir 3,5 Milliarden Euro bereit.

– Wir führen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ein. Damit verbessern wir die Bildungschancen von Kindern und legen eine wichtige Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben.

– Wir investieren in moderne Schulen und gute Bildung – so viel wie niemals zuvor. Wir machen Bildung digital und sorgen für gute Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten.

– Wir investieren in den Ausbau von Ganztagsschulen. Mit zwei Milliarden Euro bauen wir Ganztagsschulen und Ganztagsbetreuung aus – zusätzlich zur laufenden Sanierung von Schulen in finanzschwachen Städten und Gemeinden. Ganztagsschulen bieten mehr Zeit, Kinder individuell zu fördern. Das verbessert die Chancengleichheit.

– Bund und Länder können künftig wieder enger zusammenarbeiten, um Bildung besser zu machen. Dafür ändern wir das Grundgesetz und schaffen das sogenannte Kooperationsverbot ab. Damit kann der Bund wieder in Schulen investieren. Ein neuer Nationaler Bildungsrat soll gemeinsame Bildungsstandards verabreden, damit Kinder auch nach einem Umzug an der neuen Schule die gleichen Lernbedingungen vorfinden.

– Wir modernisieren die berufliche Bildung und führen eine Mindestvergütung für Azubis ein. Berufsschulen statten wir mit digitaler Technik aus und bringen Ausbildungsstandards auf den neuesten Stand. Wer sich für eine Ausbildung in Gesundheitsfachberufen entscheidet, soll dafür nicht auch noch Schulgeld zahlen müssen.

> **„Die SPD-Bundestagsfraktion befürwortet, das Wahlalter bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre abzusenken.**

– Wir erhöhen das BAföG – und geben mehr Schülerinnen, Schülern und Studierenden einen Anspruch auf Förderung. Das bedeutet: mehr Unabhängigkeit für junge Menschen und mehr Chancengleichheit im Studium.

– Das Kindergeld erhöhen wir 2019 und 2021 in zwei Stufen um insgesamt 25 Euro pro Kind. Der steuerliche Kinderfreibetrag steigt entsprechend an. Für die bessere Finanzausstattung von Familien mit Kindern stellen wir 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

– Kinderarmut sagen wir den Kampf an. Dafür stellen wir eine Milliarde Euro bereit. Wir erhöhen den Kinderzuschlag, sodass zusammen mit dem Kindergeld das sächliche Existenzminimum von derzeit 399 Euro im Monat gedeckt ist. Das ist vor allem für Alleinerziehende und Familien mit kleinen Einkommen ein echter Fortschritt. Bedürftige Familien erhalten einen höheren Zuschuss für Schulranzen, Sportbekleidung und sonstiges Schulmaterial. Ihre Kinder bekommen ein kostenloses Mittagessen in der Kita oder Schule, eine kostenfreie Schülerbeförderung und einen besseren Zugang zu Nachhilfe.

– Zudem werden wir dafür sorgen, dass Kinderrechte endlich im Grundgesetz ausdrücklich als Kindergrundrecht geregelt werden.

Kinder und Jugendliche beteiligen

Wir wollen weiterhin in einem breiten Diskurs unsere jugendpolitische Gesamtstrategie gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und ihren Verbänden weiterentwickeln. Unser Ziel ist es, ihnen Freiräume einzuräumen, damit sie ihren eigenen Weg gehen und ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Über die erreichten Vereinbarungen hinaus setzen wir uns als SPD-Bundestagsfraktion dafür ein, mit einem gesetzlich verankerten „Jugend-Check“ alle politischen Maßnahmen auf ihre konkrete Wirkung für junge Menschen zu überprüfen. Außerdem wollen wir, dass junge Menschen früher demokratisch mitentscheiden können. Deshalb befürworten wir, das Wahlalter bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre abzusenken.

Wir werden Demokratiebildung mit mehr Engagement, besserer finanzieller Ausstattung und durch die verstärkte Förderung entsprechender Angebote der Kinder- und Jugendarbeit und im Rahmen von „Demokratie leben!“ unterstützen.

V.i.S.d.P.:
Carsten Schneider, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227-744 20, carsten.schneider@spdfraktion.de

DEMO 03-04/2018

„Trümmerfrauen“ am kommunalen Ruder

Wie Louise Schroeder und Luise Albertz beherzt für den Wiederaufbau der Städte Berlin und Oberhausen sorgten

Autorin Julia Korbik

DEMO-SERIE

Am 30. November 1918 trat das Reichswahlgesetz mit dem allgemeinen aktiven und passiven Wahlrecht für Frauen in Kraft. Damit konnten Frauen am 19. Januar 1919 in Deutschland bei der Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung zum ersten Mal reichsweit wählen und gewählt werden.

Was verbinden Frauen 100 Jahre später mit diesem Erfolg? Wie sind sie in der Politik vertreten? Welche erfolgreichen historischen Vorbilder gibt es? Wie kann gendergerechte Kommunalpolitik aussehen? Was ist die Zukunft der Frauenrechte?

Mit diesen Themen beschäftigt sich die DEMO-Redaktion im laufenden Jahr 2018 in einer Artikel-Serie. *(KB)*

Wer an die Nachkriegszeit in Deutschland denkt, dem kommen schnell die heroischen Trümmerfrauen ins Gedächtnis – Frauen, die in vielen deutschen Städten mithalfen, diese von den Trümmern der zerbombten Gebäude zu befreien und wieder aufzubauen. Auch Louise Schroeder und Luise Albertz waren auf ihre Art „Trümmerfrauen“: Als Oberbürgermeisterinnen in Berlin und Oberhausen sorgten sie nach dem Zweiten Weltkrieg für den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Louise Schroeder zog 1919 in die Weimarer Nationalversammlung ein

Im Jahr 1887 als achtes Kind einer Gemüseverkäuferin und eines Bauarbeiters im heutigen Hamburg-Altona geboren, trat Louise Schroeder 1910 in die SPD ein – erst zwei Jahre zuvor war das Gesetz aufgehoben worden, das Frauen vereinspolitische Tätigkeiten untersagte. Schroeder sah ihre Aufgabe vor allem in den Bereichen der Sozialpolitik und der Gleichstellung der Frau. 1919 zog sie in die neugewählte Weimarer Nationalversammlung ein, wenige Monate nachdem Frauen das aktive und passive Wahlrecht erkämpft hatten. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 beendete ihre politische Karriere vorerst: Die SPD wurde verboten, genauso wie die von Schroeder mitgegründete Arbeiterwohlfahrt (AWO).

Nach dem Krieg setzte Louise Schroeder ihr Engagement für die Interessen der Arbeiterklasse fort. Von 1949 bis 1952 war sie Mitglied der Stadtverordnetenversammlung bzw. des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie von 1949 bis zu ihrem Tod 1957 Bundestagsabgeordnete. Als der erste gewählte Nachkriegsbürgermeister Otto Ostrowski (SPD) aufgrund innerparteilicher Spannungen zurücktrat, übernahm Schroeder am 8. Mai 1947 kommissarisch sein Amt. Der zu Ostrowskis Nachfolger bestimmte Ernst Reuter jedoch konnte sein Amt wegen sowjetischen Einspruchs nicht antreten und so blieb Schroeder bis zum 7. Dezember 1948 auf ihrem Posten – erfüllte eine wichtige, aber auch schwierige Führungsaufgabe.

Louise Schroeder, auf einem Foto aus dem Jahr 1948, als kommissarische Oberbürgermeisterin

In die Amtszeit der ersten (und bis heute einzigen) Berliner Oberbürgermeisterin fielen die Berlin-Blockade und die Berliner Luftbrücke. Schroeder stellte nach ihrer Ernennung fest, ihr sei „eine Verantwortung auferlegt worden, wie sie in Deutschland noch nie einer Frau übertragen worden ist“. Mitten im Kalten Krieg musste sie für den Wiederaufbau Berlins sorgen, das Überleben der Bevölkerung sichern und die weitgehend zerstörte Stadt in die Zukunft führen – Aufgaben, die Schroeder in der ihr typischen sachbezogenen und anpackenden Art bewältigte. Und zwar so gut, dass sie 1948 von der ersten Hauptversammlung des Deutschen Städtetags einstimmig zur Präsidentin gewählt wurde.

Luise Albertz stand insgesamt 25 Jahre an der Spitze von Oberhausen

Anpackend war auch Schroeders Amtskollegin im gut 500 Kilometer weiter westlich gelegenen Ruhrgebiet: Luise Albertz, 1901 in Duisburg als Tochter des in Bergen-Belsen ermordeten SPD-Landtagsabgeordneten Hermann Albertz geboren, trat 1915 der SPD bei und beteiligte sich ab 1945 am Wiederaufbau der Partei in Nordrhein-Westfalen. Von 1946 bis 1948 war sie erstmals Oberhausener Oberbürgermeisterin, später noch einmal von 1956 bis zu ihrem Tode 1979. 25 Jahre insgesamt regierte Albertz also die Ruhrgebietsstadt, war bundesweit die erste Oberbürgermeisterin, und stand dabei wie Louise Schroeder in Berlin vor zahlreichen Herausforderungen: Zuerst der Wiederaufbau des zerbombten und verarmten Ruhrgebiets nach dem Krieg, dann der ab 1958 einsetzende Strukturwandel der damaligen Bergbauregion. Weil die Ruhrkohle international nicht mehr wettbewerbsfähig war und in Konkurrenz mit dem billigen Erdöl stand, kam es zum Zechensterben und damit verbunden zu Massenentlassungen. In den 1970er Jahren folgte die Stahlkrise, von der auch Oberhausen betroffen war. Die Arbeitslosigkeit war hoch, die Luftverschmutzung ebenfalls.

Luise Albertz ging diese Aufgaben beherzt an und nahm neben kommunalen auch zahlreiche landes- und bundespolitische Ämter wahr. Ihr Einsatz für Benachteiligte als Vorsitzende des Petitionsausschusses im Bundestag brachte ihr den Beinamen „Mutter der Bedrängten“ ein. Doch ihr Leben und Wirken drehte sich vor allem um ihre Stadt, um Oberhausen. So sagte Willy Brandt nach Albertz’ Tod anerkennend: „Kein Weg war ihr zu weit, kein Hindernis zu groß, wenn es galt, für ihre Stadt etwas herauszuholen.“

Zwei Frauen, zwei Städte, zwei Geschichten, die zeigen, dass Deutschland seinen Wiederaufbau auch den „Trümmerfrauen“ in der Politik verdankt.

Ihr Engagement für Benachteiligte brachte Luise Albertz den Beinamen „Mutter der Bedrängten“ ein.

FOTOS: BUNDESARCHIV, B 145 BILD-F046121-0033 / VOLLRATH / CC-BY-SA 3.0 VIA WIKIMEDIA COMMONS; STADTARCHIV OBERHAUSEN

Feldmann bleibt OB in Frankfurt am Main

Peter Feldmann bleibt weitere sechs Jahre Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main. Der sozialdemokratische Amtsinhaber konnte sich in der Stichwahl am 11. März 2018 mit 70,8 Prozent der Stimmen gegen die CDU-Kandidatin Dr. Bernadette Weyland durchsetzen. An diesem zweiten Wahlgang beteiligten sich 30,2 Prozent der 505.268 wahlberechtigten Frankfurter Bürgerinnen und Bürger. Bereits im ersten Wahlgang am 25. Februar, zu dem zwölf Kandidatinnen und Kandidaten angetreten waren, hatte Peter Feldmann mit 46,0 Prozent das mit Abstand beste Ergebnis erzielt. Feldmann ist seit 2012 Stadtoberhaupt in Frankfurt. Sein damaliger Wahlsieg galt als Sensation, da zuvor mit Petra Roth 17 Jahre lang eine CDU-Oberbürgermeisterin die Stadt regiert hatte. *SGK/CFH*

Wahlsieger Peter Feldmann

Seminar zur Fraktions-Geschäftsführung

Die Geschäftsführung von Fraktionen erfordert eine Vielzahl von Kompetenzen im Managementalltag. Deshalb veranstaltet die Bundes-SGK am 25. und 26. Mai 2018 wieder das Seminar „Geschäftsführung von Rats- und Kreistagsfraktionen" in Springe bei Hannover. Dieses Seminar bietet mit einem Mix aus Reflexionsmöglichkeiten, kollegialer Beratung, theoretischen Hinweisen und Methoden sowie Übungen aus dem Geschäftsführungsalltag praktische Unterstützung in der Bewältigung der Herausforderungen als Fraktionsgeschäftsführer/in. Informationen zu Programm und Anmeldung gibt es auf der Internetseite der Bundes-SGK im Bereich „Veranstaltungen", Terminübersicht für 2018. *SGK*

www.bundes-sgk.de

FOTOS: DIRK BLEICKER; STADT FRANKFURT AM MAIN

Drei Fragen an …

Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK zum neuen „Superministerium" der CSU

Im neuen Bundeskabinett hat die CSU für Herrn Seehofer eine Art Superministerium geschaffen: Inneres, Heimat, Bauen und Wohnen. Das betrifft die Kommunen doch ziemlich?

Als nach den Koalitionsverhandlungen die Kabinettsverteilung bekannt gegeben wurde, da waren auch viele von uns Kommunalen enttäuscht, dass die CSU sich dieses Heimatministerium geschaffen hat. Es ist nicht gut, die Ressortbereiche Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung als Verschiebemasse zu behandeln. Für die Städte, Gemeinden und Kreise sind die Wohnungspolitik und die Stadtentwicklungspolitik mit der Städtebauförderung eines der zentralen Aufgabenfelder. Das gilt insbesondere für die aktuelle Lage an den Wohnungsmärkten. Da müssen wir aufpassen, dass Herr Seehofer hier nicht die Klientelpolitik für Bayern fortsetzt, die schon in den letzten Legislaturperioden mit Herrn Ramsauer und Herrn Dobrindt zu beobachten war.

Welche Forderungen sind vor diesem Hintergrund an das neue Ministerium zu richten?

Der Koalitionsvertrag hat klare Ansprüche formuliert. Wir brauchen eine Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, wir brauchen eine Fortführung und Weiterentwicklung der Städtebauförderung und wir brauchen eine Unterstützung der Kommunen entsprechend ihrer Bedarfe. Dabei darf es nicht zu einer Orientierung an Himmelsrichtungen kommen und schon gar nicht zu einem „Bayern first".

Wir brauchen einen Heimatminister, der sich nicht nur einen solchen Namen gibt. Er muss dafür Sorge tragen, dass in den Kommunen, wo die Heimat der Menschen ist, sich die Dinge bessern können. An diesem Maßstab werden wir Herrn Seehofer messen. Wir erwarten konstruktive Beiträge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Kommunen und der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Und welche Ansprüche müssen wir an die ganze Regierung stellen?

Wir erwarten, dass die guten Dinge in dem Koalitionsvertrag jetzt auch in gutes Regierungshandeln umgesetzt werden. Als Vorsitzender der Bundes-SGK fordere ich mit den jetzt in Regierungsverantwortung stehenden Genossinnen und Genossen den Dialog auf Augenhöhe. Viele Dinge müssen, um erfolgreich zu sein, gemeinsam angegangen werden. Diese neue Regierung muss für eine neue Art der Einbeziehung und der Wertschätzung der kommunalen Ebene stehen. Kurz: Sie muss mehr Kommunales wagen!

Große Schulden-Schere

Mit 6.894 Euro Schulden pro Kopf wiesen die Kommunen des Saarlands zum Jahresende 2016 die höchste Verschuldung pro Kopf auf, gefolgt von den Kommunen Hessens mit 5.353 Euro und Nordrhein-Westfalens (4.594 Euro). Das teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) im März mit. Die Schere zu den finanzstarken Kommunen ist groß: So gab es die niedrigsten Schuldenstände in den Kommunen Bayerns (2.295 Euro), Schleswig-Holsteins (2.562 Euro) und Sachsens (2.636 Euro). Insgesamt betrug die kommunale Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland im Durchschnitt 3.509 Euro. *KB*

demo-online.de/aktuelles

Glasfaser statt Vectoring

Die Bundesregierung wechselt ihre Förderstrategie für den Breitbandausbau. Der Koalitionsvertrag legt fest, dass mit öffentlichen Fördermitteln „ausschließlich Ausbauabschnitte förderfähig sind, die mit Glasfasertechnologie ausgebaut werden". Der designierte Kanzleramtschef Helge Braun bestätigte, dass die umstrittene Vectoring-Technologie, mit der die Leitfähigkeit von Kupferkabeln verbessert wird, somit nicht mehr gefördert wird. Der Deutsche Landkreistag reagierte erfreut. Die neue Linie entspreche einer langjährigen Forderung der Landkreise. „Wer auf Vectoring setzt, reitet ein totes Pferd", sagt Landkreistags-Präsident Reinhard Sager. *CFH*

landkreistag.de

Neue VKU-Mitglieder

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hat zwölf Unternehmen als neue Mitglieder aufgenommen: Wasserwerk Zweckverband Seebachgebiet Osthofen, Stadtwerke Beverungen GmbH, Zweckverband Abfallwirtschaft im Kreis Olpe (ZAKO), Wasserbeschaffungsverband Riedgruppe Ost Einhausen-Jägersburg, Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH Erbach, Odenwälder Wasser- und Abwasser-Service GmbH Erbach, Stadtentwässerung Hildesheim kommunale AöR, Harzwasserwerke GmbH Hildesheim, Abwasserbetrieb der Stadt Bebra, Energieversorgung Offenbach AG, Erdgas Mittelsachsen GmbH Staßfurt-Brumby und den Förderverein des Verbandes kommunaler Unternehmen. *CFH*

Eine große Aufgabe

Das Diesel-Urteil setzt den Bund unter Zugzwang. Er müsse den Kommunen helfen, sagt Umweltministerin Svenja Schulze

Autor Carl-Friedrich Höck

Auf Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) – hier während ihre Vereidigung – wartet viel Arbeit. Das Ziel: Zusammen mit dem neuen Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Luft in den Städten sauber bekommen, und das möglichst ohne Fahrverbote.

Die Reaktionen aus den Kommunen waren nach dem Diesel-Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes eindeutig: Sie wollen keine Fahrverbote. Zu dem „Ziel, Fahrverbote zu vermeiden", steht auch die neue Bundesumweltministerin Svenja Schulze gegenüber der DEMO: „Es muss unser Anspruch sein, wo immer möglich die Stadtluft mit intelligenteren und innovativeren Lösungen sauber zu bekommen. Wenn wir am Ende sauberere Autos, einen besseren öffentlichen Nahverkehr und mehr Radwege haben, haben alle etwas davon."

Nachdem das Gericht am 27. Februar geklärt hat, dass Fahrverbote rechtlich möglich sind, ist die Lage brisant. Kommunen könnten auf dem Klageweg gezwungen werden, die Verbote zu verhängen. Denn in zahlreichen Städten überschreitet die Stickoxid-Belastung die EU-weit geltenden Grenzwerte. Als Hauptursache hierfür gelten Diesel-Fahrzeuge. Und nach dem Skandal um manipulierte Abgaswerte weiß man, dass viele Diesel-PKW mehr Stickoxide ausstoßen, als die Hersteller einst angegeben haben.

Die Politik muss also handeln und tut es auch. Bereits im November 2017 haben sich bei einem Gipfeltreffen Vertreter von Bund, Ländern und 30 Kommunen auf Eckpunkte für ein „Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020" verständigt. Eine Milliarde Euro hat der Bund zunächst bereitgestellt. Mit dem Geld aus dem Sofortprogramm sollen unter anderem Diesel-Busse im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nachgerüstet werden, um die Abgaswerte zu verbessern, sowie Elektrobusse angeschafft werden. Förderfähig sind ebenso Maßnahmen zur Elektrifizierung von Taxis, Mietwagen, Carsharing-Fahrzeugen oder des urbanen Wirtschaftsverkehrs. Auch sollen die Städte mit dem Geld eine Ladeinfrastruktur auf- und ausbauen sowie die Digitalisierung der kommunalen Verkehrssysteme vorantreiben.

Die Bundesregierung, zu diesem Zeitpunkt nur geschäftsführend im Amt, konzentrierte sich zunächst auf bestehende Förderprogramme. Diese wurden für das Sofortprogramm aufgestockt. Eine Lotsenstelle im Verkehrsministerium soll Kommunen dabei unterstützen, für ihre Vorhaben das jeweils passende Förderprogramm des Bundes zu finden. Mit dem ehemaligen Erlanger CSU-Oberbürgermeister Siegfried Balleis hat die Bundesregierung auch einen Sonderbeauftragten für das „Sofortprogramm Saubere Luft" ernannt. Er solle „eine Scharnierfunktion zwischen der Regierungsebene und der kommunalen Ebene wahrnehmen", sagt Balleis über seine Rolle.

> **„Natürlich dürfen wir die Kommunen nicht im Stich lassen."**
>
> Svenja Schulze, neue Bundesumweltministerin

Programm soll verstetigt werden

Dass die Städte mit dem bisher zugesagten Geld nicht weit kommen, ist der Bundesregierung bewusst. „Bei der einen Milliarde wird es nicht bleiben, dafür ist die Aufgabe zu groß", verspricht Umweltministerin Svenja Schulze. „Wir werden den Kommunen über viele Jahre helfen müssen, so steht es auch im Koalitionsvertrag." Die Details des Sofortprogramms seien übrigens nicht in Stein gemeißelt, merkt die Sozialdemokratin an. „Wenn wir effizienter oder besser fördern können oder neue Lösungen am Markt entstehen, dann entwickeln wir das Programm eben schnell weiter."

Unter Zugzwang steht die Bundesregierung nicht nur aufgrund der laufenden Klagen der Deutschen Umwelthilfe gegen zahlreiche Städte, welche die Stickoxid-Grenzwerte überschreiten. Auch die EU-Kommission setzt die deutsche Politik unter Druck. Sie hat gegen die Bundesrepublik ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Das nun drohende Szenario ist, dass die Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof Klage gegen die Bundesrepublik erhebt. Das Gericht könnte dann Maßnahmen anordnen oder Sanktionen verhängen, zum Beispiel eine Strafzahlung.

Um das zu verhindern, haben mehrere Mitglieder der damaligen Bundesregierung dem EU-Umweltkommissar Karmenu Vella Mitte Februar einen Brief geschrieben. Darin kündigten sie an, in fünf Modellstädten weitere Maßnahmen zu erproben. Besonders ein Satz sorgte für Aufsehen: „Zusammen mit den Ländern und der kommunalen Ebene erwägen wir, den öffentlichen Nahverkehr gratis anzubieten, um die Zahl der Privatfahrzeuge zu reduzieren."

Diese Idee stieß nicht nur auf Zustimmung. Ein Gratis-ÖPNV sei für die Kommunen mit hohen Kosten verbunden und mache einen langwierigen Ausbau notwendig, gab etwa der Deutsche Städte- und Gemeindebund zu bedenken. Mittlerweile ist der Vorschlag vom Tisch. Wie das Bundesumweltministerium am 26. Februar bekanntgab, will die Regierung

FOTO: FELIX ZAHN/PHOTOTHEK.NET

stattdessen „stärkere finanzielle Anreize zur Nutzung des ÖPNV“ schaffen. Darauf habe sie sich mit den Oberbürgermeistern der fünf Modellstädte Bonn, Essen, Herrenberg, Mannheim und Reutlingen verständigt. Modellhaft und zeitlich begrenzt sollen besonders günstige ÖPNV-Angebote erprobt werden. Geplant sind zudem Vergünstigungen für Einwohner, die anstatt eines PKW ein Fahrradverleihsystem oder Carsharing nutzen. „In Abhängigkeit von den lokalen Verhältnissen werden teilweise auch Fahrtbeschränkungen für schwere LKW als sinnvoll erachtet“, vermeldet das Umweltministerium.

Pilotprogramm soll Effizienz testen

Die fünf Modellstädte weisen teils niedrige, teils hohe Grenzwertüberschreitungen aus und stehen somit exemplarisch für die unterschiedlichen Bedingungen in den Kommunen. Bei ihren Pilotvorhaben zur Luftreinhaltung unterstützt der Bund sie finanziell auch über das Sofortprogramm „Saubere Luft“ hinaus. Bedingung laut Regierung: „Die Projekte müssen sich möglichst noch 2018 und bis spätestens 2020 realisieren lassen und sich nachweislich positiv auf die Luftqualität auswirken. Alle Projekte werden auf ihre Effizienz hin evaluiert.“ Mittlerweile haben die fünf Städte ihre konkreten Konzepte vorgelegt.

Und wenn all das nicht ausreicht, um die EU-Kommission und die deutschen Gerichte zu überzeugen? Dann könnten doch die Fahrverbote kommen, die niemand will. Um für diesen Fall der Fälle vorbereitet zu sein, fordert der Deutsche Städtetag die Einführung einer blauen Plakette (siehe Interview ab Seite 25). Denn wenn schon Fahrverbote, dann sollen Kommunen sie nur für ältere und dreckige Diesel verhängen können, sodass vergleichsweise saubere Modelle weiterhin in die Städte fahren dürfen. Das aber ist ohne eine Kennzeichnung der Autos kaum umzusetzen. Die Präsidentin des Umweltbundesamtes Maria Krautzberger warnt vor einem „Flickenteppich kommunaler Lösungen, mit abgesperrten Streckenabschnitten, die den Verkehr nur verlagern“. Sie schlägt eine zweistufige blaue Plakette vor: Eine hellblaue für Euro-5- und Euro-6-Diesel und eine dunkelblaue Plakette für die neuesten Abgasstufen Euro 6d-TEMP oder Euro 6d. So könnte jede Stadt die für sie sinnvollere Plakette nutzen, abhängig von der jeweiligen Luftbelastung.

Die neue Bundesumweltministerin Schulze sagt auf Nachfrage, sie müsse sich das Thema erst noch genau ansehen. „Natürlich dürfen wir die Kommunen beim Vollzug nicht im Stich lassen – und von dort ist das Drängen zu einer Kennzeichnung sehr groß. Was ich aber auch vermeiden möchte ist, dass bei den alternativen Lösungen der Druck aus dem Kessel entweicht und alle nur noch über Plaketten reden.“ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dagegen erklärte in einer Stellungnahme nach dem Diesel-Urteil, dass sie keinen Handlungsbedarf in der Sache sieht: „Bundeseinheitliche, pauschale Fahrverbote sind nicht notwendig, vielmehr können die Kommunen selbst entscheiden, ob sie an bestimmten Stellen Fahrverbote zur Verbesserung der Luftqualität verhängen.“

Umstritten: An dem Thema blaue Plakette scheiden sich die Geister.

FOTO: THOMAS TRUTSCHEL/PHOTOTHEK.NET

Ob sich Fahrverbote überhaupt noch abwenden lassen, werden am Ende die Kommunen und die Länder entscheiden, meint Schulze. „Jedenfalls fände ich es falsch, wenn wir das weiterhin den Gerichten überlassen.“ Auch sei die gesamte Bundesregierung gefordert, die Autoindustrie stärker in die Pflicht zu nehmen. „Aber eigentlich“, glaubt die Umweltministerin, „müsste die Industrie ein eigenes Interesse daran haben, ihren Ruf wieder aufzupolieren, indem sie sich aktiv an der Lösung des Problems beteiligt“.

demo-online.de/info-diesel-fahrverbote

Anzeige

VDV Die Verkehrsunternehmen

Wir sind die Verkehrswende

Die neue Bundesregierung hat nun endlich mit der Arbeit begonnen. Und mit den verkehrspolitischen Festlegungen im Koalitionsvertrag wurden klare Signale gesetzt, dass der öffentliche Verkehr eine zentrale Rolle für Klimaschutz und Luftreinhaltung in den Städten spielt. Plötzlich gibt es einen breiten politischen Konsens, dass es ohne ein Mehr an ÖPNV und deutlich mehr ÖPNV-Kapazitäten nicht geht, dass Deutschland mehr Angebote bei Bus und Bahn auf ausreichender Infrastruktur braucht. Ohne mehr ÖPNV wird es keine saubere Luft und keine Beseitigung des Staus auf unseren Straßen geben. Das wussten wir alle, haben es aber so lange verdrängt, bis in Leipzig ein klares Urteil gesprochen wurde.

Nun steht fest: Wir brauchen die Verkehrswende. Und der ÖPNV ist der wichtigste Schlüssel dafür. Um die Menschen dauerhaft davon zu überzeugen, statt dem eigenen PKW den ÖPNV zu nutzen, müssen wir ihnen ein attraktives und gut ausgebautes ÖPNV-Angebot bieten. Denn nur ein Hochleistungs-ÖPNV kann die Menschen zum Umstieg bewegen. Statt Gelder in die zweifelhafte Idee eines „kostenlosen“ Nahverkehrs zu investieren, müssen sinnvolle ÖPNV-Investitionen getätigt werden. Dann haben wir auch eine vernünftige und gestaltende Verkehrspolitik, die sich an den realen Notwendigkeiten städtischer Verkehrsprobleme orientiert.

Unser Sofortprogramm für saubere Luft

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), der als Branchenverband über 600 Unternehmen aus dem öffentlichen Personen- und dem Schienengüterverkehr vertritt, hat dafür ein ÖPNV-Sofortprogramm mit sieben Maßnahmen vorgeschlagen, die kurz- und mittelfristig die Schadstoffbelastung im Verkehr nachhaltig verbessern könnten. Dazu gehört auch, zumindest noch für die nächsten sechs bis acht Jahre, die Förderung von modernen Diesel Euro-VI-Bussen. Zusammen mit der E-Bus-Einführung, die bekanntlich nicht „über Nacht“ erfolgen kann, ist der Einsatz dieser schadstoffarmen Busse das geeignetste Mittel, um kurzfristig zusätzliche ÖPNV-Angebote dort zu realisieren, wo Fahrverbote drohen. Und auch eine Finanzbeteiligung des Bundes an höheren Betriebs- und Instandhaltungskosten für zusätzliche ÖPNV-Leistung ist dann notwendig.

Wie Verkehrswende geht, zeigt übrigens Wien: Der Umweltverbund aus ÖPNV, Rad und Fußgängern hat dort einen Anteil von 75 Prozent am innerstädtischen Verkehr! „Wir können auch Wien!“, möchte man fast sagen, wenn man uns in Deutschland denn ließe. Hätten wir eine passende Infrastruktur und ausreichende Kapazitäten könnten wir statt der heute 10,5 Milliarden Fahrgäste morgen auch 15 und übermorgen 20 Milliarden Fahrgäste befördern.

Foto: VDV

Jürgen Fenske
ist Vorstandsvorsitzender der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) und seit 2009 Präsident des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV).

Feierabendverkehr in Stuttgart: Bis zu 75.000 Autofahrern, die täglich in die Stadt ein- und auspendeln, drohen Fahrverbote.

Kommunalpolitiker können nur auf Sicht fahren

Stuttgart, Düsseldorf, Nürnberg: Überall sollen Fahrverbote möglichst vermieden werden – blaue Plakette gefordert

Autor Uwe Roth

„Bei der Frage, ob ein Dieselfahrverbot kommt, liegt der Ball jetzt bei der Bezirksregierung.

Thomas Geisel (SPD), Oberbürgermeister in Düsseldorf

Die Stuttgarter lieben Kultur – vielleicht etwas mehr als ihr Auto. Mit dieser Hoffnung ist vor einem Jahr der Verein „Aufbruch Stuttgart" angetreten, um mit öffentlichem Druck die schlimmste Durchgangsstraße der Stadt vom Verkehr zu entschleunigen. Entlang der Konrad-Adenauer-Straße stehen Kulturbauten wie die berühmte Staatsgalerie oder das Opernhaus. Doch dazwischen liegt ein kerzengerades Stück Bundesstraße – achtspurig. Bis zu 80.000 Fahrzeuge rauschen da täglich durch. Die bundesweit bekannte Kreuzung Neckartor gehört ebenfalls zum Straßenzug. Seit dem Jahr 2004 liefert die dortige Luftmessstation regelmäßig überhöhte Feinstaub- und Stickstoffdioxidwerte (NO_2), die Ende Februar das Bundesverwaltungsgericht veranlasst haben, der Stadt die Verhängung von Fahrverboten zu erleichtern (siehe Kasten Seite 24). Der Richterspruch verschafft dem Anliegen des Vereins neuen Rückenwind, die Vorherrschaft des Autos zu brechen.

In einer Autostadt wie Stuttgart kann auch ein Oberbürgermeister von den Grünen nach einem solchen Urteil nicht in Jubel ausbrechen. Fritz Kuhn ist weit davon entfernt, mit Fahrverboten zu drohen. Allenfalls zeigt er sich erleichtert, dass der Stadt für Dieselfahrzeuge der Abgasnorm Euro 5 bis Oktober 2019 Zeit bleibt, um eine Lösung zu finden, wie man diese aus dem Verkehr zieht, ohne den Frieden in der gesamten Region zu gefährden. Laut der Statistik der Stadt Stuttgart waren das Ende des Jahres 2017 rund 31.000 Pkw. Insgesamt waren rund 102.400 Dieselautos zugelassen. Die 28.800 Diesel-Pkw der Emissionsklassen 1 bis 4 wären von einem Fahrverbot bereits von Herbst 2018 an betroffen – und rund 42.400 Diesel-Pkw der Euro-6-Norm sollen von Fahrverboten verschont bleiben – vorerst. Auf die gesamte Region bezogen, wären nach einer Berechnung der Stuttgarter Zeitung bis zu 75.000 Autofahrer betroffen, die täglich in die baden-württembergische Landeshauptstadt ein- und auspendeln.

Stundenweise autofreie Straße

Nun soll Kultur den Verkehr aus der Innenstadt verdrängen und ein Fahrverbot zumindest an dieser Stelle überflüssig machen. Ein bekannter TV-Moderator hatte die Initiative ergriffen und fordert mit prominenten Mitstreitern, die Konrad-Adenauer-Straße zur Kulturmeile zu machen, auf der Fußgänger Vorrang haben. Die Bewegung hat inzwischen einigen Einfluss gewonnen. So soll die Bundesstraße einmal im Monat mehrere Stunden autofrei werden, um Platz zu machen für Demonstrationen gegen die Verkehrspolitik und für die Kultur. Ein städtebaulicher Wettbewerb läuft außerdem. So soll unter anderem ein weiteres Museum gebaut werden. An dieser Stelle greift der Einfluss der Kommunalpolitik, die Stadtluft über die Stadtplanung zu verbessern. Susanne Kletzin ist Architektin und SPD-Stadträtin. Sie argumentiert, wenn die Stadt so viel Geld in Kulturbauten investiere, müsse das Umfeld für den Bürger attraktiv sein, also frei von Autolärm und Abgasen.

Staus sind lang geblieben

Veränderungen in der Verkehrspolitik sind langfristig angelegt. Wie man die NO_2-Konzentration am Neckartor in nur wenigen Monaten ohne Fahrverbote und blaue Plakette unter den Grenzwert drücken soll, ist Kletzin wie allen Ratskollegen ein Rätsel. Dort lag der Jahresmittelwert im vergangenen Jahr bei 73 Mikrogramm je Kubikmeter Luft. Um den Grenzwert einzuhalten, müsste er unter 40 fallen. Der Versuch, die Pendler mit vergünstigten Tagestickets während der Winterzeit, in der die Schadstoffwerte am höchsten sind, zum Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen, ist weitgehend wirkungslos verlaufen. Die Staus sind nahezu genauso lang geblieben. Mehr Geld in den ÖPNV zu stecken, ist eine Dauerforderung, deren Umsetzung in einigen Jahren Erfolge zeigt.

Thomas Leipnitz ist verkehrspolitischer Berater in der SPD-Landtagsfraktion und Mitglied der Regionalversammlung. Dort sind Kommunalpolitiker aus Stuttgart und den umliegenden fünf Landkreisen vertreten. Die Gestaltung des Verkehrsverbunds Stuttgart (VVS) gehört zu den Kernaufgaben. Leipnitz erlebt in vielen Sitzungen, wie zäh Veränderungen im VVS vonstattengehen. Es herrscht ein Tarifdschungel, der den Kauf eines Tickets zu einer komplizierten Aufgabe macht und darüber hinaus teuer ist.

Die von der CDU dominierte Regionalversammlung hat es bislang nicht geschafft, ihn zu lichten. Als Regionalpolitiker betrachtet Leipnitz die Auswirkungen eines Fahrverbots abseits des Neckartors. Einzelne gesperrte Straßen, so fürchtet er, führten dazu, dass sich die Berufspendler neue Wege suchten. In der Bilanz wären die Luftschadstoffe nicht weniger, sondern lediglich anders verteilt,

Lesen Sie weiter auf Seite 24

FOTO: STADTBLICK STUTTGART/STOCK.ADOBE.COM

Die Energiewende gestalten
Stark vernetzt für die Power von morgen.

Der Umbau der Energiewirtschaft ist in vollem Gang. Wir helfen Ihnen, Herausforderungen zu meistern und Chancen frühzeitig zu erkennen und optimal zu nutzen. Unsere Experten betreuen Sie ganzheitlich und entwickeln praxisorientierte Lösungen. Profitieren auch Sie von unserer Erfahrung, Branchenkenntnis, unserem Fachwissen, unserer Innovationskraft und den Ressourcen unseres Expertennetzwerks in 157 Ländern.

www.pwc.de

Mehr zum Thema:
www.pwc.de/energiewende

Ihr Ansprechpartner
Dr. Sven-Joachim Otto
Tel. +49 211 981-2739
sven-joachim.otto@de.pwc.com

pwc

© 2018 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.
„PwC Legal" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

Weiter von Seite 22

ist er überzeugt. Doch davon abgesehen, sieht er in der Umsetzung des Leipziger Urteils die Hände der Kommunalpolitiker gebunden. „Die Entscheidung liegt jetzt beim Regierungspräsidium und der Landesregierung“, sagt er, auch wenn in erster Linie die Kommunalpolitiker den Ärger der Bürger abbekämen, sollte das Fahrverbot kommen.

Vor dem Bundesverwaltungsgericht waren neben Stuttgart überhöhte Schadstoffmesswerte in Düsseldorf Gegenstand des Verfahrens. In der Landeshauptstadt von Nordrhein-Westfalen sind nach Angaben der Stadt Düsseldorf rund 112.300 Dieselfahrzeuge unterwegs. Davon haben etwa 42.300 die Euro-6- und 36.400 die Euro-5-Norm, die übrigen sind Euro 4 oder darunter. Sinnbild für die Verschmutzung ist die Corneliusstraße. Dort lag der Durchschnittswert für Stickoxide 2017 bei 58 Mikrogramm pro Kubikmeter.

Ursula Holtmann-Schnieder ist die stellvertretende Ratsfraktionsvorsitzende der SPD. Sie sagt, in ihrer Fraktion käme unter den gegebenen Umständen derzeit keine Mehrheit zustande, sollte über ein Fahrverbot abgestimmt werden müssen. Mit kleinen Einzelmaßnahmen will man der Luftverschmutzung beikommen und so langfristig die Grenzwerte unterschreiten. Zu den Maßnahmen gehört eine Anordnung, dass Flussfahrtschiffe an der Anlegestelle künftig von der Stadt Strom beziehen müssen, anstatt mit bordeigenen Dieselmotoren Energie zu erzeugen.

OB Geisel: „Schilderwald droht“

Ihre Argumente sind ansonsten identisch mit denen in Stuttgart und logischerweise mit denen des Düsseldorfer Oberbürgermeisters Thomas Geisel (SPD). Er sagt: „Bei der Frage, ob ein Dieselfahrverbot kommt, liegt der Ball jetzt bei der Bezirksregierung.“ Diese müsse bei der Fortschreibung des Luftreinhalteplanes „abwägen, ob ein Dieselfahrverbot im Hinblick auf Wirksamkeit, Schnelligkeit und Verhältnismäßigkeit das richtige Mittel ist, die Messwerte von Stickoxid unter den zulässigen Grenzwert zu senken“. Ein Fahrverbot kann seiner Meinung nach „nur mit extremen Aufwand umgesetzt und praktisch nicht vollstreckt werden“. Man möge sich nur den Schilderwald vorstellen, den ein Dieselfahrverbot nach sich ziehen würde, gibt er zu bedenken.

In der Stadt Nürnberg liegt in der Von-der-Tann-Straße das Schadstoffproblem: eine mehrspurige Bundesstraße, auf der die historische Altstadt umfahren wird. Oberbürgermeister Ulrich Maly sagt: „Wenn wir theoretisch gezwungen wären, die Von-der-Tann-Straße oder den Mittleren Ring zu sperren, würde das keinen Verkehr verhindern, sondern ihn nur in die Wohnquartiere und Tempo-30-Zonen verdrängen.“ Das aber würde „30 Jahre vernünftige Verkehrspolitik im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger komplett konterkarieren“, stellt er fest. Das Gericht habe bestätigt, dass die Gesundheit der Menschen oberste Priorität hat. Das werde aber in Nürnberg nicht dazu führen, dass es zu sofortigen Verkehrsverboten kommt „und wir die Stadt lahmlegen“, so der OB. Wir werden unsere Entscheidungen mit aller Sorgfalt treffen. Dabei werde die Frage der Verhältnismäßigkeit „eine ganz wichtige Rolle spielen“.

Die SPD ist im Stadtrat die stärkste Fraktion. Der stellvertretende Vorsitzende Thorsten Brehm unterstützt die Forderungen des OB nach einer blauen Plakette, deren Einführung ebenso in Düsseldorf und Stuttgart ganz oben auf der Wunschliste im Umgang mit einem möglichen Fahrverbot steht. Gleich danach folgt die Forderung an die Manager in der Automobilindustrie, finanzielle Verantwortung zu übernehmen. Stadtrat Brehm drückt es sehr direkt aus: „Mit ihrer Verantwortungslosigkeit und ihrem betrügerischen Vorgehen haben sie uns das alles erst eingebrockt.“ Würden die tatsächlichen Abgaswerte den ursprünglichen Angaben der Hersteller entsprechen, würde die Kommunalpolitik heute nicht über Fahrverbote diskutieren müssen. „Es ist deshalb an der Zeit, dass sie dafür auch haften und bezahlen“, so Brehm.

In Nürnberg sieht man sich abgesehen davon auf einem guten Weg: „Die vergleichsweise moderate Belastungssituation verdankt sich ganz wesentlich strukturellen Veränderungen im Verkehr“, heißt es von der Stadt. Neben dem Ausbau des ÖPNV habe sich insbesondere die Sperrung der Durchfahrt durch die Altstadt und deren Erschließung über eine Schleifenlösung als langfristig erfolgreich erwiesen. Dadurch sei das Verkehrsaufkommen in der Hauptachse von ehedem etwa 28.000 Fahrzeugen auf nunmehr 3.000 Fahrzeuge gesunken und dementsprechend seien die Stickstoffdioxideinträge in diesem eng und hoch bebauten Bereich reduziert worden.

FAKTEN

102.400

Dieselautos waren Ende 2017 in Stuttgart zugelassen. Ihr Anteil ist rückläufig.

73

Mikrogramm NO_2 je Kubikmeter Luft betrug der Wert im Jahresmittel am Neckartor.

112.300

Diesel-Fahrzeuge sind in Düsseldorf unterwegs, davon 42.300 mit Euro-6-Norm, 36.400 darunter.

QUELLE: STATISTISCHES AMT DER LANDESHAUPTSTADT STUTTGART; WWW.LUBW.BADEN-WUERTTEMBERG.DE PRESSEMITTEILUNG STADT DÜSSELDORF

Oben: Vieldiskutiertes Thema: Werden Fahrverbote kommen?
Unten: Verkehr Richtung Stadttor in Düsseldorf: Bei der Frage, ob ein Dieselfahrverbot kommt, liegt der Ball jetzt bei der Bezirksregierung.

DIESEL-URTEILE

Fahrverbote für Dieselfahrzeuge sind heute schon rechtlich möglich – wenn sie die einzige Möglichkeit sind, die Luftgrenzwerte einzuhalten. Das entschied jetzt das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig in zwei Urteilen (BVerwG 7 C 26.16 bezüglich NRW und BVerwG 7 C 30.17 bezüglich Baden-Württemberg).

Das BVerwG änderte die Urteile aus Stuttgart und Düsseldorf, indem es klare Vorgaben zur Verhältnismäßigkeit machte. Fahrverbote für Diesel-Kfz nach der bis Ende 2015 geltenden Norm Euro 5 dürfen von den Ländern frühestens im September 2019 eingeführt werden. Nur Fahrverbote für Diesel-Kfz der Normen Euro 4 und niedriger dürfen schon vorher angeordnet werden. Euro-5-Diesel haben wohl noch den größten Anteil an allen Diesel-Kfz.

Außerdem verlangt das BVerwG Ausnahmen für Handwerker und „bestimmte Anwohnergruppen“. Gemeint sind mit Letzterem wohl Lieferverkehre zu Händlern und Gaststätten. *(CHR, KB)*

Mehr unter demo-online.de/aktuelles

FOTOS: RCFOTOSTOCK/STOCK.ADOBE.COM WOLFILSER/STOCK.ADOBE.COM+

„Fahrverbote bedeuten einen enormen Aufwand“

Helmut Dedy: Ohne blaue Plakette lassen sich weder Ausnahmeregelungen treffen noch Fahrverbote wirksam kontrollieren

Interview Karin Billanitsch

„Die Autokonzerne haben sich aus ihrer Verantwortung gestohlen“, kritisiert Helmut Dedy.

Herr Dedy, Fahrverbote sind nach dem neuen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts grundsätzlich zulässig. Welche Konsequenzen hat das für die Städte und Kommunen?
Die Städte wollen Fahrverbote weiterhin vermeiden, denn sie lassen sich schwer umsetzen und bedeuten einen enormen Aufwand. Aber es wird schwieriger. Für Stuttgart hat das Gericht entschieden, dass für Autos mit der Abgasnorm 4 ab diesem Sommer Fahrverbote verhängt werden dürfen. Diesel mit der Abgasnorm 5 haben nach dem Urteil mindestens noch ein Jahr länger Zeit. Damit haben es die Autohersteller in der Hand, Euro-5-Diesel technisch wirkungsvoll nachzurüsten und so Fahrverbote zu vermeiden. Euro-5-Diesel-Fahrzeuge machen schließlich 40 Prozent der Dieselautos in Deutschland aus. Die Autoindustrie sollte das als Chance begreifen. Tut sie das nicht, muss die Bundesregierung die Autohersteller zur Nachrüstung verpflichten – und die Hersteller müssen das bezahlen. Es kann nicht der richtige Weg sein, dass die Städte und die Autofahrerinnen und Autofahrer ausbaden müssen, was die Autoindustrie als Hauptverursacher des Problems versäumt hat.

Bevor ich auf Fahrverbots-Alternativen zu sprechen komme: Lassen sich Fahrverbote überhaupt wirksam kontrollieren?
Ohne blaue Plakette sicher nicht. Dann lassen sich weder Fahrverbote kontrollieren noch lassen sich Ausnahmeregelungen treffen.

Sie forderten schon in der Vergangenheit die Einführung einer blauen Plakette. Bleiben Sie jetzt nach dem Urteil weiter bei dieser Einschätzung?
Ja selbstverständlich. Fahrverbote reduzieren die Schadstoff-Belastung nur, wenn sie in der Praxis auch funktionieren. Dazu muss man die Diesel-Fahrzeuge unterscheiden können. Wir können aber nicht von außen erkennen, ob in einem Pkw nun ein besserer oder ein schmutziger Dieselmotor werkelt oder ob es überhaupt ein Diesel ist. Deshalb bleibt eine bundesweit einheitliche Kennzeichnung von sauberen Autos nötig und deshalb fordern wir auch weiterhin eine blaue Plakette. Die neue Bundesregierung muss das Thema zügig angehen.

Wie vielen Städten drohen Fahrverbote?
Schnell wird etwas in Hamburg geschehen. Bundesweit haben wir derzeit etwa 70 Städte, in denen die EU-Grenzwerte für Stickoxide überschritten werden. In welchen dieser Städte es zu Fahrverboten kommen könnte, lässt sich aber nicht genau abschätzen. Es wird darauf ankommen, wie stark der Grenzwert von 40 Mikrogramm überschritten wird. In einer Stadt, wo für Stickoxide 42 oder 43 Mikrogramm auftreten, helfen womöglich schon bestimmte verkehrssteuernde Maßnahmen. Diese Abwägung findet jetzt bei der Überarbeitung der Luftreinhaltepläne statt. Bei den richtig schwierigen Fällen wird das wohl nicht reichen, da werden Städte um Fahrverbote nicht herumkommen.

> **„Einzelne Hauptverkehrsadern zu sperren, könnte sich als eine Scheinlösung erweisen.“**
>
> Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags

Fahrverbote sollen nur das letzte Mittel sein. Welche Möglichkeiten haben Städte außerdem, zu handeln?
Die Städte unternehmen seit längerem große Anstrengungen, um Luftbelastungen zu verringern. Da passiert schon ganz viel, etwa bei der Umrüstung der städtischen Fuhrparks oder auch beim Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs,

FOTO: STADT NÜRNBERG/SILVIA WAWARTA

Anzeige

„Überlassen Sie die Besetzung von Führungspositionen nicht dem Zufall …“
– Edmund Mastiaux, Inhaber

zfm

zfm • Seit 25 Jahren Personalberatung für Verwaltungen und kommunale Unternehmen
www.zfm-bonn.de

beim Radwegenetz oder bei der Förderung von Elektromobilität und alternativen Antrieben. Wir haben damit beim Feinstaub ja auch gute Erfolge erzielt. Was fehlt, zur Lösung des Stickoxid-Problems aber dringend nötig ist, ist ein schlüssiges Gesamtkonzept des Bundes. Die Bundesregierung hat die Entscheidung den Gerichten überlassen, statt selbst umfassend zu handeln. Die Autokonzerne haben sich bislang aus der Verantwortung gestohlen. Für die betroffenen Städte und die Diesel-Fahrer ist das eine unbefriedigende Situation.

Wenn sich erweist, dass die getroffenen Maßnahmen nicht wirksam genug sind, etwa weil Zonen einfach umfahren werden oder sanfte Maßnahmen wie Tempolimits oder bessere Ampelschaltungen etc. nicht ausreichen, drohen dann Verbote für die Einfahrt in ganze Innenstadtbereiche?

Einzelne Hauptverkehrsadern zu sperren, könnte sich als eine Scheinlösung erweisen. Wie wollen wir ausschließen, dass sich dann der Verkehr in umliegende Wohngebiete oder auf andere Straßen verlagert? Da wird man sich die Entwicklung genau anschauen und Lösungen suchen müssen, die praktisch funktionieren. Fahrverbote für die gesamte Stadt sind sicher nicht erstrebenswert, aber wenn es nicht anders geht, könnte es auf Umweltzonen in der Innenstadt mit einer blauen Plakette hinauslaufen. Immerhin geht es letztlich ja darum, die Luftschadstoffe zu reduzieren und damit die Gesundheit der Menschen in der Stadt zu schützen.

> **„Was die Städte nicht akzeptieren können, ist ein Flickenteppich, bei dem Autofahrer nicht mehr wissen, in welche Stadt sie mit ihrem Diesel reindürfen.**
>
> Helmut Dedy

Was halten Sie von einer City-Maut nach dem Vorbild von London, Stockholm oder Mailand?

Der Deutsche Städtetag hat sich schon vor längerer Zeit intensiv mit derartigen Finanzierungsmodellen beschäftigt. Es gibt Pro und Contra. Letztendlich haben wir gesagt, es kommt auf einen Praxistest an. Und wenn eine einzelne Stadt das ausprobieren möchte, dann muss sie das auch ausprobieren können. Dazu brauchen wir eine solche Experimentierklausel. Ich bin gespannt, wann die erste Stadt in Deutschland entscheidet, diesen Weg zu gehen.

Müssen die betroffenen Städte sich auf eine Klagewelle, etwa seitens betroffener Anwohner, Handwerker oder Lieferanten einrichten?

Das wird darauf ankommen, ob es tatsächlich zu Fahrverboten kommt und wie sie praktisch umgesetzt werden. Sind Verbote verhältnismäßig, sind sie kontrollierbar, gibt es kluge und nachvollziehbare Ausnahmen? Was die Städte nicht akzeptieren können, ist ein Flickenteppich, bei dem Autofahrer nicht mehr wissen, in welche Stadt sie mit ihrem Diesel noch rein dürfen und in welche nicht. Deshalb wollen wir ja auch die blaue Plakette.

Was muss eine künftige Bundesregierung tun, damit die Lösung des Problems saubere Luft nicht nur an den Kommunen hängen bleibt? Es stehen ja zum Beispiel Vorschläge für einen kostenlosen ÖPNV im Raum.

Saubere Luft kann es nur mit besseren Diesel-Pkw geben. Die Bundesregierung muss dafür die Autoindustrie in die Pflicht nehmen, das bleibt ganz entscheidend. Und dann braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen, um die Mobilität der Zukunft zu gestalten. Busse und Bahnen müssen nicht kostenfrei werden, sie müssen aber attraktiver werden, kostengünstig und bedarfsgerecht. Die Stadt wird nicht autofrei werden, aber sie darf auch nicht nur eine Ansammlung von Parkplätzen sein. Und die Verkehrsverbindungen zwischen Großstädten und Umland müssen besser werden, das kann auch die Wohnungsmärkte entlasten. Wir erwarten deshalb von der Bundesregierung, dass sie gemeinsam mit den Ländern mehr Mittel für eine zukunftsfähige, umweltgerechte Verkehrsinfrastruktur und den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs bereitstellt. Der Koalitionsvertrag enthält erste gute Ansätze.

FOTO: THOMAS TRUTSCHEL/PHOTOTHEK.NET

„Es braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen, um die Mobilität der Zukunft zu gestalten", sagt Helmut Dedy.

Laut Koalitionsvertrag will die neue Bundesregierung die kreativen Potenziale in Deutschland mobilisieren und die Chancen der Digitalisierung nutzen.

Aufbruchstimmung bei der Digitalisierung

Die neue Bundesregierung hat sich zum Thema digitale Verwaltung einiges vorgenommen

Autorin Saskia Esken MdB

Report Digitalisierung

FOTOS: BENNO KRAEHAHN; VEGE/STOCK.ADOBE.COM

Saskia Esken

Eine moderne öffentliche Verwaltung begreift sich als Dienstleisterin für Bürger, Unternehmen und Institutionen. Die Nutzer von heute erwarten, dass die Verwaltung ihre Dienstleistungen online und aus einer Hand anbietet, am liebsten auch mobil. Dabei wollen sie sich nicht immer wieder aufs Neue identifizieren und ihre Daten angeben müssen.

Von einem offenen und vernetzten Zusammenwirken der Verwaltungsebenen und Ressorts profitiert auch die Verwaltung. Zudem kann damit das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit, die Handlungsfähigkeit und Durchsetzungsfähigkeit des Staates erneuert und gestärkt werden – in heutigen Zeiten ein gewichtiges Argument.

Im internationalen Vergleich spielt Deutschland bei der Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung jedoch allenfalls im Mittelfeld. Die Politik muss den digitalen Wandel in der Verwaltung auch und gerade auf kommunaler Ebene nun engagiert vorantreiben. Dafür hat sich die große Koalition einiges vorgenommen.

Im Kern unserer Vorhaben steht das Online-Zugangsgesetz (OZG), das der Bund in der vergangenen Legislatur mit den Ländern vereinbart hat und das die Verwaltung auf das ehrgeizige Ziel verpflichtet, innerhalb von fünf Jahren alle Dienstleistungen digital zur Verfügung zu stellen. Der Koalitionsvertrag sieht für die Umsetzung des OZG Bundesmittel in Höhe von 500 Millionen Euro vor und schreibt zudem einige flankierende Vorhaben fest.

Bestehende Verwaltungsportale sollen zu einem Portalverbund verknüpft werden. Um durchgängig digitalisierte Verwaltungsprozesse zu ermöglichen, sind die Harmonisierung und Modernisierung der Register sowie ein behördenübergreifendes Datenmanagement vorgesehen. Damit der digitale Zugang zu Verwaltungsleistungen zur Regel wird, werden die Schriftformerfordernisse und das persönliche Erscheinen so weit als möglich durch digitale Lösungen ersetzt. Die vollständig elektronische Vorgangsbearbeitung in der öffentlichen Verwaltung wird durch die umfassende Einführung der E-Akte ermöglicht. Damit entstehen durchgängig digitalisierte Verwaltungsvorgänge, deren Bearbeitungsstand für Behörden und Nutzer transparent ist.

Mit der Zustimmung der Nutzer können einmal angegebene Daten zwischen den Behörden geteilt werden (Once-Only-Prinzip). In ihrem Bürgerkonto erhalten die Nutzer Einblick darüber, welche Daten bei welchen Behörden vorliegen und wer darauf Zugriff hatte.

Der elektronische Personalausweis soll zu einem universellen, sicheren und mobil einsetzbaren Authentifizierungsmedium werden, das auch für andere Dienstleistungen außerhalb der Verwaltung genutzt werden kann.

Die Vertraulichkeit der Kommunikation und die Sicherheit der IT-Systeme der Verwaltung sind wichtige Grundlagen, damit die Bürger vertrauensvoll digital mit den Behörden kommunizieren und dem Staat auch sensible Daten überlassen. Die Kommunikation mit den Behörden muss deshalb über gängige Standards (zum Beispiel PGP) verschlüsselt angeboten werden. Dazu kommt die Aufgabe, die IT-Konsolidierung der Verwaltung auch vor dem Hintergrund der Bedrohung durch Cyber-Angriffe mit großem Einsatz fortzuführen.

Damit die Mitarbeiter der Verwaltung Vorreiter des digitalen Staates werden, muss der Wandel in den Behörden auf ihr Wissen und ihren Erfahrungen aufbauen und gleichzeitig neue Impulse für modernes und vernetztes Arbeiten einbeziehen. Auch müssen wir digitale Kompetenzen in die Aus- und Weiterbildung der Verwaltung verankern und sie auch bei der Auswahl und Entwicklung von Führungspersonal stärker gewichten.

Um das Wissen und die Erfahrungen der Leuchttürme der digitalen Verwaltung für alle nutzbar zu machen, richten wir eine E-Government-Agentur und E-Government-Labore ein, die innovative Konzepte und Best-Practice-Beispiele entwickeln und in die Fläche tragen.

Auf dem Weg zum Vorreiter der digitalen Verwaltung hat Deutschland noch eine Strecke zu gehen. Mit den Vorhaben der großen Koalition bringen wir die gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen für eine moderne Verwaltung voran. Bei ihrer Umsetzung muss die Verwaltung das Denken in Ebenen und Ressorts überwinden und den digitalen Wandel als Aufgabe der Organisationsentwicklung begreifen.

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 03-04/2018

Wem gehören die Daten?

Warum ein kommunalwirtschaftlicher Ansatz in der Digitalisierung überfällig ist

Autor Dr. Matthias Dümpelmann, Geschäftsführer der 8KU GmbH, Berlin

Die Digitalisierung und die Bewirtschaftung großer, ja riesiger Datenmengen haben das Zeug, die Realität von heute mehr zu verändern, als wir uns träumen lassen. Disruptives digitales Wachstum gilt als Großchance nicht nur für das Marketing in der Privatwirtschaft. Es ist auch eine Chance für Kommunen und ihre Unternehmen. Die Digitalisierung ist Gegenstand und Treiber des Wandels in einem. Kommunen und kommunale Unternehmen müssen diese Chance schnell, entschlossen und möglichst gut vorbereitet ergreifen. Sie haben es in der Hand, ob sie durchökonomisierte Smart Cities privater Anbieter werden oder sich mit Hilfe der Digitalisierung zu besseren Orten öffentlichen Lebens für Bürger weiterentwickeln. Dafür braucht es faire Ausgangsbedingungen. Die Kommunen werden sonst zu Getriebenen.

Vor allem die Energiewende ist ein Musteranwendungsfall für Digitalisierung. Die Energiewende ist dezentral. Millionen Stromerzeuger aus Wind und Sonne und Millionen sich zunehmend unvorhersehbar verhaltende Verbraucher – zum Beispiel Nutzer von Elektroautos – müssen zu einem stabilen System zusammengeführt werden. Das geht nicht mehr nur auf der Ebene der Übertragungsnetze. Dort wurde früher mit viel Erfahrung und sicherer Hand ein System aus relativ wenigen Großkraftwerken stabil gehalten. Heute und erst recht in der erneuerbaren Zukunft mit Wind und Photovoltaik geht es darum, die exponentiell steigende Zahl von Ein- und Ausspeisekombinationen in Sekundenbruchteilen so zu managen, dass Angebot und Nachfrage ausgeglichen, Überangebote weitergeleitet oder in andere Sektoren verlagert werden. Diese Millionen von Mini-Transaktionen müssen in einem Wimpernschlag verarbeitet sein – technisch und kaufmännisch. Manuell wäre das nicht zu leisten, schon aus Kostengründen. Digitalisierung schafft das. Sie ist der Schlüssel für die „Echtzeit-Energiewirtschaft“. Das aktuelle politisch-regulatorische Umfeld wird den Herausforderungen der Digitalisierung indes nicht gerecht.

> **Kommunale Daten müssen stets einen Mehrwert für die Menschen und die Wirtschaft vor Ort bringen.**
>
> www.vku.de

Köpfchen statt Kupfer

Die Anreizregulierung erkennt bei Verteilnetzbetreibern unverändert nur den simplen Ausbau von Leitungen an, nicht aber die intelligente Steuerung auf der Basis digitalisierter Verfahren. Statt also weiterhin Kupfer zu belohnen und nicht Köpfchen, muss der Regulierungsansatz gerade bei Verteilnetzen einen fairen Anteil von operativen Digitalisierungskosten anerkennen.

Echtzeit-Energiewirtschaft ist mit der Verarbeitung großer Datenmengen verbunden. Dies hat Begehrlichkeiten bei den weltweit aktiven Big-Data-Unternehmen erkennbar werden lassen. Zum einen, weil sie am liebsten immer mehr über die Nutzer erfahren wollen. Zum anderen, indem sie das Open-Data-Prinzip gern von der rein administrativen Ebene auf andere Bereiche – zum Beispiel die öffentliche Wirtschaft – ausdehnen wollen. Das Open-Data-Prinzip sollte aber nicht zu einer Privatisierung des Öffentlichen führen.

Deshalb ist erstens das Recht der Bürger an den eigenen Daten unabdingbare Voraussetzung für die Echtzeit-Energiewirtschaft (zum Beispiel beim Einbinden von privaten PV-Anlagen in ein virtuelles Kraftwerk). Begründetes Vertrauen ist der Schlüssel. Deshalb kommt dem Datenschutz nicht nur in technischer, sondern vor allem in ökonomischer und politischer Hinsicht eine Schlüsselrolle zu.

Zweitens ist eine faire Eigentumsordnung für Daten überfällig. Ihr Grundansatz muss dadurch geprägt sein, dass Betreiber einer öffentlichen Infrastruktur (ob Verkehr oder Energie) nicht anders gestellt werden als andere Marktteilnehmer. Es kann nicht sein, dass öffentliche Unternehmen Daten im Rahmen des Open-Data-Konzepts allen Marktteilnehmern und damit ihren eigenen Konkurrenten letztlich kostenlos zur Verfügung stellen sollen, während die privaten Ersteller diese für sich behalten.

Es muss drittens das Gemeindewirtschaftsrecht an das Zeitalter der Digitalisierung angepasst werden. Kommunale Unternehmen haben heute erheblich erschwerte Chancen bei der Digitalisierung ihrer angestammten Geschäftsfelder. Umso mehr sollte auch der Open-Data-Ansatz dahingehend konkretisiert werden, dass Versorgungsunternehmen (von Energie bis Verkehr) nicht als „staatliche Stellen“ missinterpretiert und eingeschränkt werden.

Städte und Regionen werden smart. Die Entwicklung ist mit der Verarbeitung großer Datenmengen verbunden.

FOTO: LITTLE_RAT/STOCK.ADOBE.COM

Niemanden herabwürdigen!

Ein Plädoyer für politisch korrekte Sprache

Die Debatte um politisch korrekte Sprache wird heutzutage auch in Kommunalparlamenten geführt, etwa wenn Gender-Regelungen für Drucksachen festgelegt werden. Manchen geht das zu weit. Insbesondere im politisch rechten Spektrum ziehen viele gegen einen angeblichen „Gender-Wahn" zu Felde oder sehen Zensur am Werk, wenn in Kinderbüchern das Wort „Negerkönig" durch „Südseekönig" ersetzt wird. Im eher linken Lager sind abwertende Begriffe wie „Fidschi" oder „Zigeuner" geächtet. Aber auch hier stoßen Reformvorschläge wie Gender-Sternchen oder Binnen-I-Regelungen nicht überall auf Zustimmung. (Die DEMO verzichtet übrigens darauf, aus Gründen der Lesbarkeit.)

Für Anatol Stefanowitsch ist politisch korrekte Sprache eine Frage der Moral, wie er in seinem gleichnamigen Essay darlegt. Für maßgeblich befindet er die „goldene Regel": Stelle andere sprachlich stets so dar,

wie du wollen würdest, dass man dich an ihrer Stelle darstelle! Mit dieser Regel im Gepäck analysiert Stefanowitsch gängige Argumente gegen diskriminierungsfreie Sprache und widerlegt sie. Sein Credo: „Wer keinen Hass empfindet, wer nicht herabwürdigen will, für den sollte es selbstverständlich sein, sprachliche Ausdrücke zu meiden, die von anderen als hasserfüllt oder herabwürdigend empfunden werden." *CFH*

Anatol Stefanowitsch:
Eine Frage der Moral.
Warum wir politisch korrekte Sprache brauchen
Dudenverlag, 2018, 64 Seiten, 8,00 Euro, ISBN 978-3-411-74358-2

Notwendige Freiräume

Dokumentation der Tagung „Jenseits des Gebauten"

Ob es um Plätze, Parks oder Brachen geht: Die weitgehend unbebauten öffentlichen Räume prägen das Leben in der Stadt, bieten Platz für Austausch und Begegnung und gewähren somit Teilhabe. Das Besondere an diesen Flächen ist: Sie wandeln sich. Werden sie künstlich angelegt, nehmen die Menschen den Freiraum nicht immer so an wie geplant. Auf der anderen Seite gibt es gewachsene Freiräume, die aber im Zuge der Nachverdichtung von Städten verschwinden, umgestaltet oder einfach nur anders genutzt werden. Urbanes Grün erfährt steigende Wertschätzung, neue Trends wie Urban Gardening entstehen. Für eine Tagung zum Thema gibt es also gute Gründe. Eine solche hat im Oktober 2016 stattgefunden, organisiert von der an der TU Dortmund angesiedelten „Fachgruppe Städtebauliche Denkmalpflege". Die Beiträge und Ergebnisse liegen nun als Buch vor. Analog zur Tagung befasst sich der Sammelband mit

urbanen Räumen im Wandel, schildert die Inwertsetzung von Freiräumen an zahlreichen Beispielen und nimmt Strategien und Instrumente in den Blick – etwa den Stadtraumplan für Zürich. Für die Planenden ist die Gestaltung urbaner Räume nicht einfach. Von einer „Gratwanderung zwischen einer spezifischen Gestaltung und einem nutzungsoffenen Möglichkeitsraum" spricht Mitautorin Christa Reicher. *CFH*

Magdalena Leyser-Droste, Walter Ollenik u. a. (Hrsg.):
Jenseits des Gebauten.
Öffentliche Räume in der Stadt
Klartext-Verlag, 2018, 144 Seiten, 17,95 Euro, ISBN 978-3-8375-1908-2

Wahlen

Peter Feldmann wurde als Oberbürgermeister von Frankfurt am Main wiedergewählt (siehe Seite 19).
In Ravensburg bleibt ebenfalls alles beim Alten: Oberbürgermeister **Daniel Rapp** (CDU) wurde am 11. März mit einem Ergebnis von 92,8 Prozent im Amt bestätigt.
Wenig spannend verlief der Wahlabend auch in der Stadt Eislingen/Fils: Die Wählerinnen und Wähler bescherten dem parteilosen Amtsinhaber **Klaus Heininger** mit 97,7 Prozent der Stimmen eine weitere Amtszeit.
Ein aufsehenerregender Erfolg gelang dem SPD-Kandidaten **Dimitrios Axourgos** in der Stadt Schwerte. Bereits im ersten Wahlgang am 4. März setzte er sich gegen fünf Konkurrentinnen und Konkurrenten durch – und das in einer bisher CDU-regierten Stadt. 56,6 Prozent der Stimmen entfielen auf Axourgos.
Erfreulich für die SPD ist auch das Wahlergebnis in der Verbandsgemeinde Nieder-Olm (ebenfalls am 4. März). Der Sozialdemokrat **Ralph Spiegler**, Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie Mitglied im Vorstand der Bundes-SGK, bleibt weiterhin Bürgermeister. 53,5 Prozent erreichte er im ersten Wahlgang und hielt somit seinen stärksten Herausforderer Stefan Kneib klar auf Distanz – der CDU-Kandidat kam auf 33,1 Prozent der Stimmen.
Neuer Oberbürgermeister von Brandenburg an der Havel ist **Steffen Scheller** (CDU). Er setzte sich am 25. Februar mit 66,6 Prozent gegen Jan van Lessen durch, der als parteiloser Kandidat von SPD, Grünen und Linken unterstützt worden war. Die bisherige Amtsinhaberin Dietlind Tiemann (ebenfalls CDU) ist vergangenen September als Direktkandidatin in den Bundestag gewählt worden.

Termine

Kongress Future Mobility Summit
09.04.2018 – 10.04.2018, Berlin
futuremobilitysummit.de

Bundeskongress Offline-Strategien für die Innenstadt der Zukunft
10.04.2018, Bochum
offline-strategien.de

Konferenz „Urbaner Umweltschutz"
12.04.2018, Berlin
umweltbundesamt.de/konferenz-urbaner-umweltschutz

Webinar „Zusammenarbeit über Grenzen: ressortübergreifend und interkommunal"
19.04.2018, online
demografiewerkstatt-kommunen.de

10. Speyerer Tage zu kommunalen Infrastrukturen: Großveranstaltungen
19.04.2018 – 20.04.2018
uni-speyer.de

Fachtag Pädagogische Architektur
19.04.2018 – 20.04.2018, Osterholz-Scharmbeck
campus-ohz.de/index.php/campus-innovativ/

5. Kommunaler IT-Sicherheitskongress
23.04.2018 – 24.04.2018, Berlin
landkreistag.de/termine-25

§ 2b UStG in den Landkreisen – Just do it
25.04.2018, Berlin
landkreistag.de/termine-25.html

Mitgliederversammlung und Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter
25.04.2018 – 27.04.2018, Münster
ads-sportverwaltung.de

Seminarangebot „Intensivcoaching für Amtsinhaberinnen"
27.04.2018 – 29.04.2018, Hannover
bundes-sgk.de

Expertenforum „Kommunikation der Verwaltung in Zeiten von Alexa, Blockchain und Chatbots"
08.05.2018, Berlin
bdip.de/expertenforum2018/

IFAT 2018 – Tag der Kommunen: Hochwasser und Starkregenvorsorge
14.05.2018, München
dstgb.de/veranstaltungen

VKU-Forum Energiewende 2018
17.05.2018 – 18.05.2018, Erfurt
vku-akademie.de

Seminar „Geschäftsführung von Rats- und Kreistagsfraktionen"
25.05.2018 – 26.05.2018, Springe
bundes-sgk.de

MEMO – Methoden und Werkzeuge zur Verwaltungsmodernisierung
04.06.2018 – 05.06.2018, Münster
memo-tagung.wwu.de/home

VKU-Konferenz „Norddeutscher Versorgertag 2018"
07.06.2018, Hamburg
vku-akademie.de

RISER-Konferenz zum Meldewesen
07.06.2018, Berlin, *riserid.eu*

13. DEMO-Kommunalkongress
21.06.2018 – 22.06.2018, Berlin
demo-kommunalkongress.de

Gegen den Strich

Das sogenannte „Deppenleerzeichen" erobert auch die Kommunalpolitik

Autor Carl-Friedrich Höck

Vorsicht, Mogelpackung: Mehrere Enten und eine Pfanne verspricht das Etikett.

Rechtschreibung ist Zivilisation", wurde der Schauspieler Burghart Klaußner kürzlich zitiert. „Ohne Rechtschreibung keine Zivilisation, keine Zivilisiertheit, keine Literatur, keine Sprache, nichts, außer Radebrechen und sich irgendwelche Schlagworte um die Ohren hauen." Recht hat er. Deshalb müssen wir an dieser Stelle über ein Phänomen scheiben, das sich auch in der Kommunalpolitik ausbreitet, sei es in Drucksachen oder Pressemitteilungen. Es geht um fälschlich gesetzte Leerzeichen in Komposita, laut Wikipedia auch umgangssprachlich „Deppenleerzeichen" genannt. Beziehungsweise: „Deppen Leer Zeichen".

Ein klassisches Beispiel ist „SPD Fraktion". Unschlüssig stehen hier zwei Wörter nebeneinander und betrachten sich aus sicherer Distanz, obgleich sie sich doch verliebt in die Arme fallen und mittels Bindestrich ihre ewige Zusammengehörigkeit bekunden müssten. Vielleicht liegt hier ein Missverständnis vor: Wenn der Rechnungshof mal wieder anmahnt, dass bei der Pressearbeit Partei und Fraktion klar zu trennen seien, ist das nicht orthografisch gemeint.

Dennoch geht der Trend allerorten zum (falschen) Leerzeichen. Die Schreibweise mag oft aus der englischen Sprache übernommen sein, die den Bindestrich nur selten vorsieht. Ein zweiter Grund für den häufigen Fauxpas sind wohl Textprogramme auf dem Handy: Sie erkennen zusammengesetzte Wörter vielfach nicht, sodass sie dazu verleiten, aus Bequemlichkeit „kurz nachrichten" statt Kurznachrichten zu schreiben. Ein dritter Grund sind Werbegrafiker, die Bindestriche und lange Wörter unschön finden und deshalb „Enten Pfanne" statt Entenpfanne schreiben. Sie haben womöglich die Aufforderung, „Alleinstellungsmerkmale" hervorzuheben, falsch verstanden, mutmaßen die Betreiber der famosen Internetseite deppenleerzeichen.de.

Dort wird anhand von Beispielen nachgewiesen, dass eine falsche Schreibweise schnell zu Irritationen führen kann. Wenn etwa an Zapfsäulen damit geworben wird, man könne dort „voll tanken", bezieht sich das hoffentlich nicht auf die Promillezahl. Für Heiterkeit sorgte einst ein Schild im Bezirksamt Eppendorf in Hamburg. „Trink Wasser für Hunde!", wurden damit die verblüfften Bürger aufgefordert. Hoffentlich etabliert sich nicht noch die Schreibweise „Ober Bürger Meister". Denn dann wüssten die Leser nicht mehr, ob der Text von Kommunalpolitik, gastronomischen Dienstleistungen oder Pumuckl handelt.

Sprache wandelt sich, könnte man jetzt einwerfen. Was heute noch ehernes Duden-Gesetz ist, muss es in 20 Jahren nicht mehr notwendigerweise sein. Das ist richtig, nur hat sich gerade der Bindestrich erst ab dem 17. Jahrhundert etabliert, zuvor waren die Leerzeichen zwischen Komposita auch im Deutschen üblich. Entwickeln wir uns also sprachlich zurück? Dann sollte, wer seiner Zeit voraus sein will, von nun an das mittelhochdeutsche „burge(r)meister" verwenden, oder klassisch das „magister civium".

DEMO 05-06/2018
erscheint am 25. Mai 2018

mit folgenden Themen:

Planen, Bauen und Wohnen: Ausreichend bezahlbarer Wohnraum, Quartiersentwicklung, Leerstandsmanagement, Planen über kommunale Grenzen hinweg, kluge Bodenpolitik: Das sind Herausforderungen, denen sich Kommunen stellen müssen. Der Report dreht sich um **Kommunale Infrastruktur** und **Verwaltungsmodernisierung**.

Impressum

Demokratische Gemeinde,
Fachorgan der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK)
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-200
Telefax: (030) 255 94-290
E-Mail: redaktion@demo-online.de
Internet: www.demo-online.de

Herausgeber:
Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK

Redaktion: Karin Nink (Chefredakteurin), Karin Billanitsch (Leitende Redakteurin), Carl-Friedrich Höck (Redakteur)
Telefon: (030) 255 94-355

Produktionsleitung: Dagmar Günther

Layout/Sekretariat: Heidemarie Lehmann
Telefon: (030) 255 94-200

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Geschäftsführer: Karin Nink, Kerstin Thomberg

Anzeigen/Vertrieb: ASK. Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Gewerbehof Bülowbogen,Hof D, Eingang D1, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Telefon: (030) 740 73 16-00
Telefax: (030) 740 73 16-20

Anzeigen: Henning Witzel (Verkauf/Projektleitung)
Telefon: (030) 740 73 16-36

Gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 35 vom 1. Januar 2018

Vertrieb: Stefanie Martin
Telefon: (030) 740 73 16-61

Die DEMO erscheint mit sechs regulären Ausgaben im Jahr und zusätzlich mit vier DEMO Sonderheften/Impulse

Abonnementverwaltung:
IPS Datenservice GmbH,
Carl-Zeiss-Str. 5, 53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 70 85-366
Telefax: (02225) 70 85-399
E-Mail: abo-vorwaerts@ips-d.de

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahres-Abonnement: 60 € (inkl. Versand und 7 % MwSt.); für Schüler und Studenten (Nachweis erforderlich) 40 €

Jahres-Abonnement (Ausland): 60 € zzgl. Versandkosten

Die Abonnements verlängern sich jeweils um ein Jahr, sofern nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages und im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadenersatz oder auf Minderung des Bezugspreises.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Litho: Satzstudio Neue Westfälische Gmbh & Co KG
Titel: metagate Berlin GmbH

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld,
Telefon: (05205) 14 700
Telefax: (05205) 14 704
E-Mail: kontakt@kuester-pressedruck.de

Zugleich Versandanschrift für Beilagen und Beihefter mit Zusatz „Warenannahme".

FOTOS: CARL-FRIEDRICH HÖCK; PETRA DIRSCHERL/PIXELIO.DE

JETZT BEWERBEN!

Ausschreibung

DEMO-Kommunalfuchs 2018

Bereits zum 13. Mal werden die DEMO-Kommunalfüchse für herausragende kommunalpolitische Leistungen verliehen.

Gesucht werden Beispiele für herausragendes kommunalpolitisches Wirken, eine vorbildliche kommunalpolitische Strategie oder besonderes Engagement in der Kommunalpolitik.

Drei Preisträger werden von unserer **Jury unter Vorsitz von Thorsten Schäfer-Gümbel** Ende Mai unter allen Bewerbungen ausgewählt.

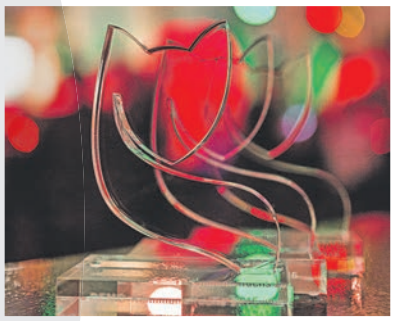
Die Auszeichnungen werden im Rahmen der Abendveranstaltung des DEMO-Kommunalkongresses am 21. Juni 2018 in Berlin verliehen.

Kandidatenvorschläge oder Eigenbewerbungen mit einer kurzen Projektbeschreibung (bitte max. zwei DIN A4-Seiten) sowie eventuell weitere relevante Unterlagen bitte bis zum **22. Mai 2018** an

DEMO – Demokratische Gemeinde
DEMO Kommunalfuchs
ASK Berlin
Bülowstraße 66
10783 Berlin

Mail: witzel@demo-online.de

DEMO Kommunalfuchs



AUSWAHL BISHERIGER PREISTRÄGERINNEN UND PREISTRÄGER

- Hans-Jochen Vogel, München/Berlin
- Unterstützerkreis Rosengarten, Vellmar
- Inklusionsbeirat der Stadt Heilbronn
- SPÖ Jugend Murrtal/Österreich
- Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr
- Jürgen Dupper, Oberbürgermeister Passau
- Familienkonzept der Landeshauptstadt Hannover
- Klaus Wowereit, Berlin
- SPD Kommunalakademie
- Michael C. Busch, Landrat Coburg
- Bernd Scheelen
- Christian Ude, München
- Norbert Raulin, Bürgermeister Strasburg (Uckermark)
- SPD-Gemeinderatsfraktion Heidenrod
- EAF Berlin e.V.
- Monika Kuban, Deutscher Städtetag
- Gemeinde Hüllhorst
- Buch-Projekt „Wirbel im Rathaus (WiR)“
- Georg Kronawitter, München
- SPD-Ratsfraktion Gladbeck
- Rainer Dambach, Bürgermeister Pasewalk
- Mentoringprojekt „Mehr Frauen in die kommunalen Parlamente“ in RLP
- Rosemarie Wilcken, Wismar
- Gemeinde Nalbach
- SPD Gemeinderatsfraktion Mannheim
- „Häkelclub 590“ Hamm
- Gerhard Widder, Mannheim
- Landeshauptstadt Erfurt
- SPD Main-Kinzig-Kreis
- PlaNet Jugend, Gemeinde Aichwald
- Willi Polte, Magdeburg
- Gemeinde Alheim
- Junior SGK Baden Württemberg
- Kids Projekt Osnabrück
- Schwalm-Eder-Kreis gegen Gewalt
- Axel Endlein, Northeim
- Arno S. Hamburger
- Michael Adam, Bürgermeister Bodenmais
- Landkreis Mainz-Bingen
- Gemeinde Hiddenhausen
- Josef Krings, Duisburg
- Hartwig Reimann, Schwabach
- SPD-Ratsfraktion Nürnberg
- Manfred Schaub, Bürgermeister Baunatal
- Jusos Aachen
- AG 60plus SPD Linz am Rhein
- Herbert Schmalstieg, Hannover
- Jusos Dresden
- SPD Wiesloch
- Landeshauptstadt Potsdam

…und 2018 Du?

Wir sind vor Ort, Stadt, Kiez und Dorf.

Die Menschen in unserem Land können viel mehr, als sie manchmal glauben. Das wird besonders deutlich, wenn sich viele zusammentun, um für eine Sache einzustehen. Dann stehen die Chancen gleich viel besser. Mindestens doppelt, manchmal sogar 82 Millionen Mal so gut. Deshalb gehen wir auch nicht zu weit, wenn wir behaupten: Kein Schritt ist zu groß, wenn ihn alle **gemeinsam** gehen. Mit dem Mut, Neues zu wagen, und dem Willen, Großes zu leisten, läuft einfach alles. Das erleben wir Tag für Tag als Sparkassen-Gruppe, die für über 50 Millionen Kunden da ist. Und da und da: Überall im Land packen wir gern mit an. So stehen wir mehr als drei Millionen **Mittelständlern** zur Seite. Und helfen ihnen dabei, nicht nur so mittel, sondern spitze zu sein. Und weil selbst der einen Partner braucht, der sein eigenes Ding machen will, begleiten wir jährlich gut 10.000 **Existenzgründer** in die Zukunft. Auf die **Zukunft** ist auch die Wirtschaft in unseren **Regionen** vorbereitet, weshalb der Wirtschaftsmotor auch morgen und übermorgen brummen wird. Dafür engagieren wir uns in den hintersten und vordersten Winkeln des Landes, die wir wie kein Zweiter kennen. Schließlich arbeiten und leben wir dort selbst. Und weil unser Leben nicht nur Arbeit, Arbeit, Arbeit, sondern auch Freude, Glück und Füreinander-da-Sein bedeutet, unterstützen wir mit über 700 regionalen **Stiftungen** Kunst, Kultur und Soziales. Auch da, wo längst nicht alle hinschauen und andere sich lange verabschiedet haben. Für uns hingegen gab es nie einen Grund, klein beizugeben. Sondern groß! Dafür sorgen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit Leidenschaft für die Gemeinschaft einsetzen. Und mit mehr als **450 Millionen Euro** pro Jahr setzen wir da gern noch einen drauf. All das tun wir nicht, weil es sich gut im Geschäftsbericht macht. Wir tun es aus Überzeugung. Seit unserer Gründung vor über 200 Jahren bestärken wir alle Menschen, als Teil einer starken Gemeinschaft über sich hinauszuwachsen. Denn viel wichtiger als Rekordüberschüsse sind uns Gemeinschaftsrekorde. Mit uns als Förderer verwandeln zehntausende **Vereine** große Ziele nicht selten in noch größere Pokale. Was uns all das bringt? Nach vorn! Denn nur gemeinsam sind wir allem gewachsen und damit auch den kleinen und großen Herausforderungen, die Digitalisierung und Globalisierung mit sich bringen. Uns allen wird alles glücken, wenn jeder mitmacht. Warum nicht auch Sie? Erleben Sie, dass Gemeinschaftssinn nicht nur sinnvoll ist, sondern auch glücklich macht – vor Ort, Stadt, Kiez und Dorf. Und vor dem Bildschirm: www.allemgewachsen.de

Gemeinsam #AllemGewachsen

TEAM D

Top Partner